

Erscheint täglich außer Montags.
Preis pränumeration: Viertel-
jährlich 2,00 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. bei
In's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Rosa
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
2,00 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Österreich
Rugata 2 Mk., für das übrige
Kontinent 2 Mk. pr. Monat. Einget.
in der Post-Beilage-Preisliste
für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Mittwoch, den 10. Juli 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Die politische Lage Italiens.

Die „moralische“ und die „soziale Frage“
in bezug auf Crispi.

Eine der ekkatantesten Episoden des Wahlkampfes war die unerschöpfliche Reihe von persönlichen Angriffen Cavallotti's, des Führers der äußersten Linken, gegen Crispi. Cavallotti hat mit unermüdlicher Energie die Dokumente, die Indizien, die Beweise hinsichtlich der persönlichen und politischen Moralität Crispi's gesammelt und während mehrerer Wochen war die italienische und auswärtige Presse, und durch Rückwirkung die ganze öffentliche Aufmerksamkeit voll gespannter Erwartung der letzten Veröffentlichung M. Cavallotti's, die ein erschütterndes Belastungsmaterial gegen das Leben Crispi's bildet, von seiner Triganie (Treuebrüchigkeit) an bis zu den Wechseln, die den Banken nicht bezahlt wurden, und bis zu den 50 000 Fr., die er erhalten hatte, um Cornelius Herz das große Band irgend eines Ordens mit einem königlichen Handschreiben verleihen zu lassen, was noch im letzten Augenblick durch das Dagwischentreten Rudini's, des Vorgängers Crispi's, und Mattozzi's, des Erziehungsministers, der jetzt die Enthüllungen Cavallotti's bestätigt hat, verhindert wurde. Die Frage mühte unbedingt vor die Kammer kommen, und sie hat in der Sitzung vom 25. Juni ihre vorläufige Lösung gefunden durch Ueberreichung eines Antrages, der von sämtlichen Mitgliedern der äußersten Linken, die Sozialisten eingeschlossen, unterzeichnet war, und auf Grund dessen eine Untersuchungskommission eingesetzt werden sollte, um zu entscheiden, ob Cavallotti ein Verleumder oder Crispi ein Schurke ist.

Crispi sagte, er hätte kein Wort der Verteidigung zu erwidern, denn sein ehrwürdiges Alter und seine dem Vaterlande geleisteten Dienste machten ihn unverwundbar gegen Beleidigungen und Verleumdungen.

Ein ministerieller Deputierter beantragte die Vertagung des Antrages auf unbestimmte Zeit und von 405 Abgeordneten haben in öffentlicher Abstimmung 105 eine Verprechung des Antrages gefordert, doch 283 haben für die Vertagung gestimmt und so den Antrag begraben.

Was war die Bedeutung und was die Erklärung dieses ganz persönlichen Sieges des Ministerpräsidenten? So fragen wir, indem wir von den Volkstunhebungen zu Gunsten Cavallotti's und den Parlamentstunhebungen zu Gunsten Crispi's ganz absehen.

Der sozialistische Deputierte Andrea Costa hat bei der Begründung seiner Abstimmung und der seiner sozialistischen Genossen, den Standpunkt unserer Partei in den Worten dargelegt, daß für uns hier nicht nur eine moralische Frage bestehe, sondern auch eine soziale Frage, „denn Crispi ist in diesem Augenblick der Vertreter oder vielmehr verantwortlicher

Führer der herrschenden Klasse, die da durch, daß sie ihn stützt, ihre Klasseninteressen verteidigt.“

Cavallotti antwortete im Namen der Radikalen, er glaube nicht, daß die Abstimmung diese Bedeutung haben müsse und Philippo Turati, der geniale Vorkämpfer des Marxismus in Italien, schränkte heute in seiner Mundschan „Critica Sociale“ („Soziale Kritik“) die Worte des Abg. Costa etwas ein, indem er die Thatsache hervorhebt, daß in anderen Ländern, wie in England und Frankreich, eine solche phänomenale Verschollenheit bei Staatsmännern einfach unmöglich sei oder vielmehr, daß ein solcher Mensch dort augenblicklich durch die herrschende Klasse selbst würde beseitigt werden, und daß in Italien die Deputierten der Linken, in der die Bourgeoisie am höchsten entwickelt ist, zu drei Vierteln gegen Crispi gestimmt haben, während die Majorität sich aus Deputierten Südtaliens zusammensetzt, wo es noch gar keine Bourgeoisie giebt.

Um eine vollständigere Erkenntnis der Gründe der bezeichnenden und unglücklichen Abstimmung des 25. Juni zu gewinnen, wollen wir daran erinnern, daß Crispi selbst 1878 durch die damals zum ersten Male erhobene Anklage der Triganie gestürzt wurde; in diesem Jahre, 1895, hingegen ist er nicht einmal gestürzt, trotzdem man zu dieser Anklage noch sehr viele andere hinzufügte mit erschütternden Schuldbeweisen und Dokumenten.

Die Erklärung dieser Thatsache ist nur möglich, indem man den Klassenkampf, diesen Wunder Schlüssel für alle sozialen und politischen Probleme in Betracht zieht.

In der That sind in England Politiker in den höchsten Stellungen durch die Verschuldung des Gebrauches parlamentarisch und somit politisch unmöglich geworden, und ebenso in Frankreich durch die Verschuldung der Westlichkeit, die sogar den Namen „fin de siècle“ (Jahrhundertwende) oder „fin de classe“ (Klassende) des Panamismus erlangt hat.

Es ist gleichfalls wahr, daß die große Mehrheit der Parteigänger Crispi's Südtaliens angehört, das sich noch (wie ich in meinen Artikeln im vergangenen Februar darlegte) in der sozialen Entwicklungsstufe des mittelalterlichen Feudalismus mit einer noch nicht oder kaum existierenden Bourgeoisie befindet.

Doch alles dies widerlegt nicht, sondern bestätigt nur die sozialistische Erklärung, und die einzig wahre und thatsächliche Erklärung des persönlichen Triumphes Crispi's über seinen Gegner Cavallotti, der unbescholten und edel sowohl in seinem privaten wie auch seinem politischen Leben, aber auf dem Gebiete der Politik ein Baum ohne Wurzeln ist.

Denn wie die gesamte radikale Partei, bringt er nicht weiter als bis zur persönlichen oder politischen Oberfläche der sozialen Verhältnisse unserer Zeit und er verlangt die Beseitigung der Wirkungen, ohne die Ursachen beseitigen zu wollen.

Seine Worte galten einem hochaufgeschossenen blonden Lieutenant, der, um sich unkenntlich zu machen, einen schlichten Soldatenmantel angezogen hatte und von der dunklen Einfahrt der verarmten Schornstraße aus die Soldaten mit aufgeschlagenen Worten in den Kampf trieb. Auf Sprungweite war Anton bereits dem Blondem nahe gekommen, da legte es sich plötzlich wie ein dunkler Schleier auf seine Augen, die Waffe entfiel den erschöpften Händen, und er sank bewußtlos zu Boden. Masch sprang Florian auf den Stürzenden zu, um ihn hinter die Barrikade zu schaffen, aber schon hatte ein halbes Duzend grober Fäuste den Träger gepackt und ihn sammt seiner Last zu Boden gerissen.

„Wart, Jung“, dat will'n wi di besorgen,“ sagte ein hartloser pommerischer Junge ihn an, der erst vor wenigen Monaten den Schäferkittel gegen des Königs Rock vertauscht hatte.

Mit Hilfe seines Nebenmannes zerrte er den Schneider an den Beinen unter dem regungslosen Körper Rowalla's hervor, um ihn als Gefangenen abzuführen.

„Was hab' ich Euch gethan?“ stieß Florian Schmid hervor, indem er verzweifelt um sich griff und einen Halt zu gewinnen suchte. „Seht Ihr nicht, daß ich ... ihn nur wegstreuen wollte?“

„Schlagt den Hund nieder, wenn er nicht mitgeht,“ zischte der Lieutenant aus seinem Winkel.

Schon hatte der Pommer den Kolben aufgenommen, um ihn auf den Schädel des kleinen Schafes niederzusenken zu lassen, als plötzlich von der Platte her eine Pflanzengestalt auf den Angreifer zusprang und ein furchtbarer Säbelhieb ihn zwei Finger von der Hand trennte.

„Wiaat Polonia! Wiaat!“ dröhnte es laut von Herrn Kasimir's Lippen — denn er war es in allereigenster Person, der dem Schneider das Leben gerettet hatte. Und während Florian sich vom Boden aufrichtete, um das begonnene Rettungswerk zu vollenden, stürmte der Schlachzig mit geschwungenem Säbel ins Kampfgetümmel hinein.

Sogar in Italien haben wir ein anderes Beispiel, das unsere Auffassung bestätigt, nämlich Herrn Cavallotti in eigener Person: Er hat durch ähnliche Enthüllungen den Leiter eines römischen Blattes, der berüchtigt war als allmächtiges Orakel fast aller Ministerien, seiner ganzen Macht beraubt und sogar seine Verurteilung durchgeleitet wegen älterer und neuerer unmoralischer Handlungen und Veschlichkeit.

Warum haben dann nicht einmal die bestigsten, erbittertesten unerbittlichsten Angriffe auf Crispi den gleichen Erfolg gehabt?

Der hauptsächlichste wenn nicht einzige Grund ist, daß die Abstimmung am 25. Juni stattfand unter dem Eindruck des Schreckens, welcher der herrschenden Klasse ob des unvermutheten Sieges des Sozialismus in die Glieder gefahren war.

Und Crispi, der mit allen Hunden geheßt ist und keine Gewissenskrupel hat, schwenkte fortwährend vor den entsetzten Augen der herrschenden Klasse die Schreckensfahne des Sozialismus, der Anarchie und der blutigen Revolution u. s. w. — was alles er in seiner Wahlrede in Rom zusammenwarf; und er that das in der wohlberechneten Absicht, den Klassenhaß anzufachen und anzustacheln; und der Bourgeoisie Angst zu machen, damit sie einen „Retter“ nöthig hatte.

Nach der Eröffnung der Kammer hat er in derselben Art operiert, woraus zu ersehen ist, daß er, falls er die marxistische Theorie des Klassenkampfes nicht kennt, doch ein sehr feines und intuitives Verständnis dafür hat.

Das sind die Gründe, warum in Italien Crispi im Jahre 1878 auf Anschuldigungen hin stürzte, die jetzt, obgleich sie mehr als verdoppelt sind, nicht zu seinem Sturz hinreichten.

Sicherlich ist es nicht unbedingt nöthig, daß eine herrschende Klasse, um sich im Kleinbesitz der ökonomischen und politischen Macht zu erhalten, immer ihre Zuflucht zu unmoralischen Menschen nimmt, aber in dem gesellschaftlichen Gesamtleben giebt es ebensowenig eine freie Wahl wie im Einzelleben.

Prof. Enrico Ferri.

(Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, 9. Juli.

Der preussische Landtag wird morgen um 2 Uhr Nachmittag mit einer königlichen Botschaft geschlossen werden. Die Agrarier ziehen befriedigt zu den heimathlichen Oefen. Sie werden zwar schreien, daß ihnen nicht genügend in den Beutel gestopft wurde, aber innerlich sind sie zufrieden und das Schreien gehört zu ihrer Geschäftspraxis. Wüssen sie doch das unmögliche auf lauthörigste verlangen, um alles irgend mögliche rasch bewilligt zu erhalten. —

Der blonde Offizier war sein Ziel. Aber der Wagemuth des Tapferen sollte gar sibel entlohnt werden; die seltsame Erscheinung hatte bereits die Aufmerksamkeit des Feindes erregt, und von mehreren Seiten zugleich stürzten sich die Soldaten auf den verwegenen Schnürröck.

„Den bringt mir lebendig,“ rief der Offizier im Soldatenmantel, „einen Thaler auf Schnaps, wenn Ihr's kriegt!“

Die Aussicht auf die versprochene Belohnung spornte den Eifer der Soldaten. Mit Löwenmuth wehrte Herr Kasimir sich gegen die Uebermacht, Blig auf Blig kreuzte sein Säbel die feindlichen Bajonnette. Da warf ein heftiger Stoß ihn platt auf den Bauch, und triumphierend schleiften die Soldaten ihn über den Kampfplatz.

Aber noch gab der Ueberwundene sich nicht verloren: ein furchtbares Gebrüll entfloß seinem Helmenmunde und vermeldete den Freunden die Gefahr. Und an der Brustwehr der Barrikade erschienen ein paar geängstigte Mädchen gesichter und starrten in banger Spannung nach der wilden Scene.

„Hilfe! Rettung! Unser Pole gefangen!“ ertönte ihr durchdringendes Geschrei. Die Muthigen von ihnen, Bertha Jachnid voran, sprangen led über die Brustwehr, und ein paar handfeste Burschen unter Ferdinand's Führung folgten ihnen nach. Mit wenigen Sägen waren sie an der Seite der Verfolger.

„Willst'n woll loslassen, Kerl!“ schrie Bertha wüthend den einen der Gardisten an, die Herrn Kasimir bei den Armen festhielten und mit heftigen Stößen vorwärtsdrängten. Gleich einer wilden Rache krallte sie sich in seinen Arm fest und biß ihn so empfindlich ins Fleisch, daß der junge Kriegermann vor Schmerz laut aufschrie und den Gefangenen aus seiner Umklammerung losließ.

Statt vom Rücken fühlte Herr Kasimir sich nun von links und rechts gepackt, doch waren es Fremdearme, die ihn umschlangen. Nur seine Beine waren noch in der

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Berliner Märztage.

59

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

Jetzt war der Augenblick für die Heißsporne gekommen, die ihren überschäumenden Kampfesmuth so lange hatten zügeln müssen. Mit ihren Aerten und Piken und den sonstigen Waffen, die der Augenblick ihnen in die Hand gegeben, sprangen sie von der Brustwehr hinab in die vordersten Reihen der Feinde, während das Feuer der Büchschenshühen sich auf die nachrückenden Kolonnen richtete. So manche Heldenthat ward da von schlichten Männern im Arbeitskittel vollbracht, die nie zuvor eine Waffe in Händen gehabt hatten. Der Kühnsten einer war Anton Rowalla, der im hitzigsten Gefecht stand und mit seiner Eisenstange mörderische Diebe ausstieß. Schon rann aus zwei Bajonneten entwunden in Hüfte und Schenkel das Blut an seinen Kleidern herab, aber mit Löwenmuth socht er weiter, der Wunden und Schmerzen nicht achtend. Die ganze Erniedrigung und Schmach seines proletarischen Daseins wollte er von sich abwaschen in diesem blutigen Streit, der ihm die Morneswürde zurückgab. Vergebens rief Florian Schmid, der in einer Aufwallung von Menschenliebe die Waffen von sich geworfen hatte und nur noch den Verwundeten Samariterdienste leistete, dem Ungeheuren warnend zu, daß er sich verbluten würde — Anton Rowalla kannte kein Maß in seiner entseffelten Leidenschaft, deren Gluth die Schenkraft seines Körpers bis auf den letzten Rest zu verzehren schien.

„Noch den dort ... den Lungen!“ schrie er dem Schneider zu, indem er seinen Eisenprügel so wichtig im Kreise schwirren ließ, daß die auf ihn eindringenden Soldaten unwillkürlich zurückwichen.

Die Nachwahl in Meseritz-Vomst. Nach amtlicher Feststellung wurden bei der am 5. Juli erfolgten Reichstags-Erwahl im Wahlkreise Vomst-Meseritz (Posen 3) 16 917 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Rittersgutsbesitzer v. Dziembowski (Reichspartei) 5188 Stimmen, Probst Czjmannski (Polen) 8042 Stimmen, Mühlenbesitzer Herfarth (deutsche Reformpartei) 3601 Stimmen, Redakteur Morawski (Sozialdemokrat) 81 Stimmen. Es ist somit Stichwahl zwischen v. Dziembowski und Czjmannski erforderlich.

Gegenüber der Hauptwahl haben die Polen 1435 Stimmen gewonnen, die Reichspartei, selbst wenn man 755 am 15. Juni 1893 abgegebene konservative Stimmen unberücksichtigt läßt, 1775 Stimmen verloren. Da den Polen zur absoluten Majorität bloß 417, der Reichspartei dagegen 3276 Stimmen fehlen, dürfte der Sieg der Polen wahrscheinlich sein. Bemerkenswerth ist der große Stimmenzuwachs der Antisemiten, die bei der Hauptwahl bloß über 271 Stimmen verfügten.

Eine „geschmacklose Verleumdung“ soll nach der „Vortmund-Zeitung“ die von uns seinerzeit gebrachte Notiz sein, daß der gewesene Reichstags-Abgeordnete Möller sich bemühte, die Entscheidung über die Gültigkeit seiner Wahl in der letzten Session hinauszuschieben, um so noch Gelegenheit zu haben, die Krieler Festlichkeiten mitzumachen. So unbedeutend die Sache an sich ist, so sehen wir uns doch der albernen Angapfung gegenüber, daß die Erklärung genügt, daß unsere Angabe im vollen Umfange richtig ist und daß die gegenwärtige Behauptung der „Vortmund-Zeitung“ sich nur aus Unkenntnis der Thatsachen oder grobe Verlogenheit erklären läßt.

Auslegung des Zivil-Pensionsgesetzes. Der Minister des Innern, der Finanz- und der Kultusminister haben in Gemäßheit der Vorschriften in den §§ 27 Nr. 2 und 29 des Zivil-Pensionsgesetzes angeordnet, daß in Zukunft ein Ruhen der Pension der im Reichs- oder Staatsdienst wiederbeschäftigten Pensionäre nur eintreten soll, sofern dieselben dadurch wieder die Eigenschaft von unmittelbaren Reichs- oder Staatsbeamten erlangt haben. Bei Dienstleistungen, in welchen der Pensionär lediglich in ein privatrechtliches Verhältnis zu der ihn wieder beschäftigenden Behörde tritt, findet dagegen eine Einziehung oder Kürzung der Pension z. B. in Zukunft nicht mehr statt.

Ein privatrechtliches Verhältnis wird regelmäßig dann vorliegen, wenn es sich um gering gelohnte, lediglich mechanische Dienstleistungen handelt, welche aus sächlichen Fonds vergütet werden. Diejenigen wiederbeschäftigten Pensionäre, welche eine im Staatshaushaltetat aufgeführte Stelle unter Bezug der mit derselben verbundenen Besoldung bekleiden, sind stets als Beamte anzusehen.

Unter vorübergehender Beschäftigung im Sinne des § 29 Absatz 2 des Zivil-Pensionsgesetzes sind die zur Befriedigung vorübergehender Bedürfnisse bestimmten, mithin ihrer Natur nach zeitlich beschränkten Dienstverrichtungen, bei welchen eine Aussicht auf dauernde Beschäftigung nicht vorhanden ist, zu verstehen.

Vorstehende Bestimmungen finden auf Wartgeldempfänger entsprechende Anwendung.

Sehr spät aber doch endlich findet sich in der „Kreuz-Zeitung“ die folgende

Erklärung.

In Ergänzung der jüngsten Veröffentlichung des Herrn Freiherrn v. Hammerstein erklärt das unterzeichnete Komitee der „Neuen Preussischen Zeitung“, daß Herr Freiherr v. Hammerstein am 4. Juli d. J. von seiner Stellung und Thätigkeit in der Redaktion, bezw. Verwaltung der „Neuen Preussischen Zeitung“ suspendirt worden ist.

Das Komitee der „Neuen Preussischen Zeitung“.
J. A. Graf Jindenstein.

Alle Ausflüchte waren wirkungslos, zuletzt mußte das Komitee der „Kreuz-Zeitung“ zugestehen, daß es sich nach langem Zögern zur Suspendirung, der vorläufigen Entlassung des Chefredakteurs entschließen mußte.

Nun scheinen die Vertreter der konservativen Partei plötzlich die Sprache wiedergefunden zu haben, nachdem sie so lange zu den Pressekörtern über die Affäre Hammerstein geschwiegen haben. Die „Konservative Korrespondenz“ will in einer Polemik gegen die „Alln. Zeitung“ feststellen, daß Herr v. Hammerstein keine hervorragende Stellung in der konservativen Partei eingenommen hat. Bedeutungslos hieran ist ja bloß das Bemühen des Organs der konservativen Parteileitung Herrn v. Hammerstein von ihren Hochschöhen abzuschütteln. Trotz der heißen Bemühungen der „Kons. Korr.“ läßt sich die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Herr v. Hammerstein der unumschränkte Leiter des einflussreichsten Organs der deutsch-konservativen Partei bis vor fünf Tagen war, daß er bis vor nicht langer Zeit Mitglied des Vorstandes der konservativen

Partei und bis vor kurzem Mitglied der Vorstände der konservativen Fraktionen des Reichstages und des Landtages war. Auch die intimen Beziehungen des Herrn v. Hammerstein zu Herrn v. Manteuffel werden von der „Kons. Korr.“ bestritten.

All diese Bemühungen der „Kons. Korr.“ beweisen nur, daß unsere Auffassung die richtige war, daß der Fall Hammerstein nicht ein gleichgültiger persönlicher Vorgang war, sondern daß er beschämend und charakteristisch für die konservative Partei ist.

Die Forderung nach Aufstellung von Fabrik-Aufsichtsräten, die in der bekannten Petition deutscher Frauenvereine aufgestellt ist, wurde vom Landtag Meiningens einstimmig der Regierung zur Erwägung überwiesen. Leider ist nicht zu erwarten, daß dieser einstimmige Beschluß der Regierung zur Richtschnur dienen wird, obgleich es sicherlich dem kleinen Ländchen zur Ehre gereichen würde, einmal durch die That auf sozialpolitischem Gebiete zur Nachahmung anzuregen.

Die Schweiz und die Volksschule. Die Volksschule in der Schweiz wird gegenwärtig ausschließlich von den Gemeinden und Kantonen unterhalten, der Bund leistet an sie keinerlei Subvention. Vor etwa zwei Jahren wurde von der Bundesversammlung ein Antrag Curty für erheblich erklärt, wonach auch der Bund an die Volksschule beitragen soll. Mit überraschender Promptigkeit arbeitete der Bundesrath einen bezüglichen Gesetzentwurf aus, der aber durch die Deputations-Initiative in den Hintergrund geschoben wurde. In den letzten Tagen hat nun der Bundesrath einen neuen Gesetzentwurf beraten, der ebenso wie sein Vorgänger auf die Dauer von vorläufig fünf Jahren die Summe von 1 200 000 Franken an die Kantone zur Unterhaltung der Volksschule verteilen will. Diese Beträge dürfen nur zu folgenden Zwecken verwendet werden: 1. Bau neuer Schulhäuser; 2. Errichtung neuer Lehrstellen infolge Trennung zu großer Klassen; 3. Beschaffung von Lehr- und Veranschaulichungsmitteln; 4. unentgeltliche Abgabe von Schulmaterialien an die Schulkinder; 5. Versorgung von Schulkindern während der Schulzeit mit Speise und Kleidung; 6. Ausbildung von Lehrern; 7. Aufbesserung von Lehrerbefolgungen und 8. Einrichtung von Turnplätzen. Die bisherigen Schul-Aufwendungen der Gemeinden und Kantone dürfen keinerlei Verminderung erfahren. Nach ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit werden die Kantone zum Zwecke der Subventionirung in drei Klassen getheilt, deren erste 30, zweite 40 und dritte 50 M. pro Kopf der Bevölkerung und per Jahr erhält. Das Inkrafttreten des Gesetzes steht der Entwurf auf den 1. Januar 1897 vor.

Kongress der französischen Arbeiterpartei. Der Nationalrath der französischen Arbeiterpartei hat, wie uns aus Paris gemeldet wird, in seiner letzten Sitzung beschlossen, den diesjährigen Landeskongress der Partei in Romilly-sur-Seine abzuhalten. Es ist dies derselbe Ort, wo jüngst, zur Galle der Bourgeoisblätter von hüben und drüben, unser Genosse der „Mühlenmacher“ Millet zum Bürgermeister gewählt worden ist. Der Kongress wird im Monat September stattfinden.

Die französische Getränkesteuer-Reform. Man schreibt uns aus Paris unterm 7. Juli: Die Kammer hat gestern trotz Ribot und seiner engeren Satelliten den Gesetzentwurf, betreffend die Reform der Getränkesteuer, mit 394 gegen 190 Stimmen votirt. Die große Bedeutung dieser Reform, zu der die sozialistische Gruppe der Kammer, in erster Linie unser Freund Bailliant, viel beigetragen hat, besteht vor allem in der vollständigen Steuerentlastung der hygienischen Getränke: Wein, Bier, Cider (Obstwein) und Meth. Am dieses Resultat zu erzielen, mußte freilich die Alkoholfsteuer auf 275 Fr. pro Hektoliter erhöht werden. Demgegenüber könnte allerdings eingewendet werden, daß durch die hohe Alkoholfsteuer die Qualität der minderwerthigen geistigen Getränke noch mehr als bisher verschlechtert werden würde. Aber dem ist gleichzeitig dadurch vorgebeugt worden, daß ein Zusatzartikel die Regierung verpflichtet, binnen sechs Monaten nach Promulgation des Gesetzes eine Vorlage, betreffend die Organisation des Monopols der Destillation (Reinigung) des Alkohols zu unterbreiten. Außerdem enthält der Gesetzentwurf eine vom Genossen Bailliant vorgeschlagene Bestimmung, welche die Fabrikation und den Verkauf von Getränken, die von der medizinischen Akademie als schädlich erklärt werden, verbietet. Man sieht also, daß die Annahme dieser Reform eine in jeder Beziehung bedeutungsvolle ist. Die einzige Hoffnung für die Regierung, die nach Votirung dieses Gesetzes eigentlich hätte abhandeln müssen — denn man regiert nicht mit einer Minorität von 190 Stimmen — ist der Senat. Diese Reform ist aber so populär, daß selbst der Senat, wenn er sich nicht selbst vernichten will, laun den Muth haben wird, sie ungeschmälert. Wenn aber ja, dann um so schlimmer für ihn und die ihn stützende Regierung.

Als Protestation gegen die Verurtheilung Calvignac's haben ihn die Sozialisten von Garmay, obgleich er infolge seiner Verurtheilung unwählbar ist, als Kandidaten für die am 28. Juli

stattfindenden Bezirkswahlen aufgestellt und es besteht nicht der mindeste Zweifel, daß er mit großer Majorität gewählt werden wird.

Das englische Parlament wurde gestern aufgelöst und die Wahlen ausgeschrieben. Der größte Theil der Wahlen wird am nächsten Sonnabend, die meisten Wahlen für London werden am Montag erfolgen. Die Anzahl der Parlamentssitze, um welche ein Wahlkampf stattfindet, wird wahrscheinlich geringer sein, als bei den beiden letzten Wahlen. Man nimmt an, daß für 118 Sitze keine liberalen Kandidaten und nur für 20 Sitze keine unionistischen Kandidaten aufgestellt werden.

Die russische Bourgeoisie über die Pressefreiheit. Der Kapitalismus in Rußland, ununterbrochen ein Gebiet nach dem anderen erobernd, macht natürlicherweise zu gleicher Zeit bedeutende „Fortritte“ in geistiger Beziehung. Der Intellekt und das moralische Gefühl der herrschenden Klassen und ihrer Presse werden mehr und mehr durchtränkt von Bourgeoisprinzipien, und die verschiedensten politischen und rechtlichen Fragen werden nur unter dem Gesichtspunkt der kapitalistischen Weltanschauung erörtert. Die Ansprüche und Interessen des jungen Kapitalismus sind in Rußland bisher noch nicht in Konflikt gerathen mit den bestehenden politischen Formen und der Regierungsgewalt, welche in den letzten Jahrzehnten in ihrer inneren und äußeren Politik fast ausschließlich von den Interessen des Kapitalismus geleitet wurde. Infolge dessen hat die Bourgeoisie keinen Grund, revolutionär zu sein und wenn sie einmal einige Anforderungen in politischer Beziehung stellt, so wird sie durch Gründe bewegt, die keine andere Bourgeoisie bei ihrem Auftreten vorgebracht hat. Mit einer schamlosen Nacktheit wird dabei der Klassen- und Unternehmerrstandpunkt vertheidigt.

Nachfolgendes möge zum Beweise dienen.

Vor nicht langer Zeit fand in Petersburg ein Kongress aller an der literarischen Produktion Theilhabenden (Verleger, Journalisten etc.) statt. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die Regierung gebeten wurde, eine Milderung in den Zensur-Bestimmungen eintreten zu lassen. Die russische Bourgeoisie hat nämlich ein Interesse daran, ein gewisses Maß von Pressefreiheit zu erlangen — schon um die Bureaucratie nicht ganz frei schalten zu lassen. Aber wie motivirt sie nun die Nothwendigkeit der Zensurmilderung?

Man wird dabei vergebens nach den hochtönenden Phrasen von Gedankenfreiheit, Freiheit der Kritik, Menschenrecht etc. suchen, welche die Bourgeoisie der großen französischen Revolution und die deutsche im Jahre 1848 auf ihr Banner geschrieben hatten. Die russische Bourgeoisie ist offenerzig.

Eines von ihren Organen „Russkij Wjestnik“ (Russische Wote) äußert sich über die Resolution folgendermaßen:

„Ohne Zweifel sucht die Presse nach Mitteln zu ihrer weiteren Entwicklung in der Hebung der Technik, des Handels und der Industrie. Ihre Entwicklung ist eng verknüpft mit der Gewerkefreiheit. Der Handel und die Industrie aber halten sich fern von Unternehmungen, die eine äußerst unsichere Ertragsart führen und denen eine sichere Aussicht von heute auf morgen nicht gewährleistet werden kann. Wenn die Presse einmal sich auf dem Boden des Privatunternehmens entwickelt, so hat sie den Anspruch auf gesetzlichen Schutz, den Kapital und Arbeit erheben, wie jedes andere Unternehmen. — Andersfalls trägt jedes Zeitungsunternehmen, jedes Druckwerk mehr oder weniger den Charakter des zufälligen an sich, was natürlich äußerst drückend sowohl für den Verleger wie den Autor wirken muß.“

Er ist klar, daß die Zensurbestimmungen gewissermaßen eine Unterdrückung von Seiten des Staates für die Presse bedeuten in dieser oder jener Form, und es entsteht dadurch in gewisser Beziehung eine Art „Schutzsystem“ auf diesem Gebiete.

Es ist schwer, einen größeren Widerspruch zu finden als den, daß der Staat die Presse Privatunternehmen überläßt, andererseits Zensur- und sonstige Beschränkungen ihr auferlegt.

So die russische Bourgeoisie über die Pressefreiheit.

Die armenischen Greuel. Der englische Ministerwechsel hat in die Behandlung der sogenannten armenischen Frage schon eine Veränderung gebracht. Während der Schwächling Rosebery, der früher weiland selber mit dem alten Gladstone in „türkischen Greueln“ verschiedener Sorte gemacht hatte, sich von den Russen zu einer Hatz gegen die Türkei hätte drängen lassen, hat die neue englische Regierung den Entschluß gefaßt, gegen die türkische Regierung keine weiteren Schritte zu thun. Und die übrigen Großmächte haben sich dem angeschlossen.

Parlamentsberichte.

Herrenhaus.

21. Sitzung vom 9. Juli 1895, 1½ Uhr.
Am Ministertische: v. Hammerstein, Bosse.
Das Haus wählt zunächst auf Vorschlag des Ober-Bürgermeisters Veder-Röhl an Stelle des verstorbenen Ministers a. D.

Gebäude betreten, kam Florian Schmid von der Koffstraße auf sie zu. Er hatte Anton Rowalla nach der „Silbernen Ente“ gebracht.

„Es hat keine Gefahr mit ihm“, berichtete er, „er ist bei Bewußtsein und hat bei unsern Mädels gute Pflege.“ „Das dank ich Dir tausendmal, Du guter Mensch“, verabschiedete Hans Hartung und drückte dem Schneider warm die Hand.

XVII.

Ein gellender Trompetenstoß schmetterte durch das nächtliche Dunkel. Gleich darauf verkündeten wüthende Trommelwirbel das Herannahen des Feindes. Aber die kriegerischen Signale hatten nichts Ueberraschendes, nichts besonders Aufregendes mehr für die Kämpfer des Volkes. Das stolze Bewußtsein, den ersten Angriff muthig abgeschlagen zu haben; und die kurze Rast nach dem erbitterten Nahkampf hatte das Kraftgefühl des Volkes mächtig gesteigert. Die Rathhaus-Barrikade hatte ihre Feuertaufe empfangen, der Rückzug der Garde war zugleich eine erste Anerkennung der Ebenbürtigkeit des Gegners gewesen.

Die Aufregung der ersten Stunden war einer zuversichtlichen Stimmung gewichen, die jedoch mit einer gewissen Vorsicht gepaart war. Man wußte jezt, daß jeder Gedanke an ein angriffsweises Vorgehen Wahnsinn gewesen wäre, daß diese steinernen Mauern ringsum des Volkes Schirm und Schild waren. Mit welchem andern Recht, als mit dem der rückstichtslosen Gewalt durfte man ihnen dieses angestammte Heim streitig machen, daß von ihren Händen errichtet war, das ihrem friedlichen Gewerbe eine feste Stätte, ihren Weibern und Kindern ein schützendes Obdach gab? Von Jugend an waren sie daran gewöhnt worden, in den Soldaten des Königs ihre starken Brüder, ihre Beschützer und Vertheidiger zu sehen — und nun trat plötzlich in brutaler Nacktheit die Thatsache zu Tage, daß diese bewaffneten Buntrocke nichts anderes sein wollten, als ihre unumschränkten Herren. Alle verschleiernnden Nebel waren gelassen, haarbar standen die Gegensätze sich gegenüber. Menschenblut, rothes, rauchendes Menschenblut bezeichnete die Grenze zwischen hüben und drüben. Es gab kein Zurück mehr in diesem grausamen Handel, in dem nichts Geringeres auf dem Spiele stand, als die Ehre und Würde eines tief beleidigten Volkes. (Fortsetzung folgt.)

Gewalt des Feindes. Ein heftiges Scharmüßel entspann sich, Soldaten und Bürgerliche eilten von allen Seiten herbei und bald sah Herr Kasimir sich inmitten eines Anhaufes von Menschen, die sich um die irdische Hülle seiner Geldenseele die Köpfe blutig schlugen.

Da ertönte plötzlich auf Seiten der Garde das Signal zum Rückzug. Der feste Plan, die Barrikade mit ein paar Gewehrjungen und Bajonettirten zu nehmen, war an dem kraftvollen Widerstand des Volkes gescheitert. Vom Durrahgeschrei der Barrikadenkämpfer verfolgt, zogen die Truppen sich nach dem Ausgang der Breiten Straße zurück. Die wildbewegte Gruppe, die sich um den Polen gebildet hatte, löste sich auf. Während die Mannschaften, mit dem blonden Leutnant an der Spitze, aus dem Bereich des feindlichen Feuers zu entkommen suchten, geleiteten Ferdinand und Bertha Jachnid den glücklich erlösten Herrn Kasimir nach der Barrikade zurück.

Nur mit Hilfe seiner Begleiter vermochte der Bedauernswerthe, dem alle Glieder wie ausgerockt waren, die Brustwehr zu erklimmen.

„Alle Knochen sie mir haben zerschlagen, die Hundesöhne“, begann er entsetzt, als er wieder drüben stand, im Kreise seiner Freunde.

„Und was soll ich sagen, Herr Graf?“ versetzte Ephraim Fisch, indem er Herrn Kasimir seinen blutenden Arm wies, „es ist zum Glück nur n' Streichschuß — ich hab'n ehlich zurückgezahlt, mit wenigstens hundert Prozent.“

„Hat sich brav gehalten, unser Ephraim“, bestätigte Fritz Grams. „Aber nu ist's Zeit, daß sie sich n' Verband machen lassen — 's geht gleich wieder los.“

„Und Dir wie ich soll danken, meine Ketterin?“ wandte sich Herr Kasimir plötzlich gefühlvoll an die ihn stützende Bertha. „Sie hat befreit mich von diesen Musketieren, meine Ehern — wie ich soll ihr dafür belohnen?“

„Heirathen Sie sie“, meinte Bruno Bollmuth, der eben mit Hans Hartung herangetreten war. „Da Ihre Ludmilla und Arabellen doch alle todt sind.“

„Heirathen?“ fiel der Pole ihm nachdenklich ins Wort. „Ja, ich will das“, entschied er nach kurzem Bedenken, „aber wird sie nehmen alten Krüppel mit zerbrochene Beine?“

v. Friedberg den Minister a. D. v. Schelling zum Mitgliede der Staatschuldenkommission und erledigt den Bericht der Matrikelkommission.

Es folgt die Beratung des Entwurfs eines Jagdschein-gesetzes.

Das Gesetz gelangt im ganzen zur Annahme; da es unverändert geblieben ist, braucht es nicht mehr an das Abgeordnetenhaus zurückzugehen.

Es folgt die Beratung von Petitionen.

Schluss 5 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Eisenbahnverstaatlichung.)

Parteinachrichten.

Als Kandidaten für den badischen Landtag wurden in Mannheim definitiv die Parteigenossen Dreesbach und Weiss aufgestellt.

Ein Parteitag für den ostpreussischen, an der russischen Grenze liegenden Reichstags-Wahlkreis Lyda-Olecko-Johannisburg wurde am 30. Juni in dem Dorfe Komorowen im Wohnhause des Gutbesizers und Parteigenossen Ehardt abgehalten. Es waren anwesend Vertrauensmänner aus Lyda, Olecko und den Dörfern Koschun und Komorowen. Der Vertrauensmann aus Johannisburg war durch eine notwendige Reise am Erscheinen verhindert. Den Vorsitz führte Giedde, Schriftführer war Trauer. Ehardt referierte über die politische Lage. Beim Punkt: Bildung eines Wahlvereins, beschloß man für die einzelnen Wahlbezirke Vertrauens-Personen zu ernennen. Halbjährlich sollen die Vertrauenspersonen zu einer Sitzung zusammen kommen und bei bevorstehenden Reichstags-Wahlen, je nach Nothwendigkeit, sofort zusammentreten. Die Sitzungen sind durch Ehardt und Giedde einzuberufen. Die Frage, was die beste Agitation für den Kreis sei, wurde dahin entschieden, daß die geeignetste Agitation die von Mund zu Mund und die durch Verbreitung volkstümlicher Schriften unter der Landbevölkerung sei. Sobald in das Parteiprogramm das Agrarprogramm aufgenommen ist, sollen davon 10 000 Exemplare in deutscher und polnischer Sprache aus Parteimitteln angeschafft und verbreitet werden. Weiter soll unsere Presse, in erster Linie die Königsberger „Volkstribüne“ und der „Wahre Jakob“, nach Möglichkeit zum Abonnement empfohlen werden. Der nächste Punkt der Verhandlungen betraf die Stellung zur Agrarfrage. Man beschloß hierbei, daß die staatliche Organisation des Hypothekendar- und Personal-Kredits gefördert werden soll. Unter die zum Schutze der Arbeiterklasse im Parteiprogramm aufgestellten Forderungen wünscht man als Punkt I zu Nummer I folgendes aufgenommen zu sehen: In anbeacht dessen, daß mit der Zunahme des Wohlstandes der einzelnen die Verarmung, Unterdrückung und Versklavung der Masse immer mehr zunimmt; in anbeacht dessen, daß fast keine Frau aus den wohlhabenden Kreisen ihr Kind mehr selbst nähren will, sondern sich dazu Ammen aus dem Volke hält; in anbeacht dessen, daß das Ammen-Unwesen nur dazu führt, die Prostitution zu vermehren, daß es die größere Sterblichkeit der Ammenkinder mit Nothwendigkeit bedingt, im höchsten Grade demoralisierend wirkt, die Kluft zwischen ehelichen und unehelichen Kindern nur erweitert, diese letzteren Paria, soweit sie am Leben bleiben, zu verkommenen Individuen und zu Gesellschaftsfeinden erzischt, beschloß der Parteitag: das Halten von Ammen ist, das sterilisierte Kuhmilch ein vollständiger und billiger Ersatz für Muttermilch ist, zu verbieten und nur dann zu gestatten, wenn ein Physikatattest für die Nothwendigkeit dazu vorliegt und wenn die Amme ihr Kind bereits verloren hat.

Die Verhandlungen des Parteitages bewiesen jedenfalls, daß unsere Parteigenossen im fernsten Osten Deutschlands den sozialen Problemen mit großem Fleiße nachsinnen. Ihre Vorschläge zum Programm regen jedenfalls zum ersten Nachdenken an und so werden sie, was auch ihr Schicksal auf dem Parteitag sein mag, nicht ohne Nutzen bleiben.

Von der Agitation. In Bismarck in der Provinz Posen hielten am 29. Juni die Antisemiten eine Versammlung ab, wo die Sozialdemokratie so herabgewürdigt wurde, daß sich zwei anwesende Mitglieder unserer Partei veranlaßt fühlten, auf die Angriffe zu antworten. Ihre Ausführungen wurden von der Versammlung ganz gut aufgenommen, so gut, daß der Reichstags-Abgeordnete Zimmermann aus Dresden, trotzdem er ein geschwätzter Redner ist als unsere beiden Parteigenossen, das ganze Register antisemitischer Unwahrheit ziehen mußte, um den guten Eindruck zu verwischen, den die Reden unserer beiden Parteigenossen gemacht hatten.

19. hannoverscher Wahlkreis. Aus Hemmoor wird uns geschrieben: Uebergriffe, die sich die Unternehmer gegen die polnischen Arbeiter erlauben, waren von unseren Parteigenossen zur öffentlichen Kenntnis gebracht worden. Das Unternehmertum schloß nach. Jundacht wurde unserm Kreis-Vertrauensmann Heinrich Wedmann das Betreten der Budiken untersagt, wo die polnischen Arbeiter hausen müssen, ferner das Betreten einer Wirtschaft, deren Besitzer Inhaber der Budiken ist. Weiter wurde dem Vater Wedmanns die Alternative gestellt, entweder seinen Sohn aus dem Hause zu jagen oder die Arbeit einzubüßen. Der Vater war gezwungen, sich vom Sohn zu trennen. Den Sohn aus dem Orte zu bringen, ist dem Unternehmertum aber doch nicht gelungen. Er fand ein anderes Logis und wird nun mit verdoppeltem Eifer weiter kämpfen für die Erlösung des mißhandelten Proletariats. Die Ordnungsführer, die Vater und Sohn auseinanderreißen, haben demnach nichts erreicht, der Sozialdemokratie aber, die sie vernichten wollten, einen neuen, äußerst werthvollen Beweis dafür geliefert, daß man im Unternehmertum rein vor gar nichts zurückschreckt, selbst nicht davor, die heiligsten Bande der Natur zu zerreißen, wenn die Angst um den Profit ins Spiel kommt.

Zur Vertheilung am Sedanfest wurde in der westfälischen Stadt Schwelm der Arbeits-Verein „Vorwärts“ eingeladen. Die Einladung ist selbstverständlich kurzerhand abgelehnt worden.

In dem sächsischen Dorfe Willau hat das Gemeinderaths-Mitglied Müller, ein langjähriger Parteigenosse, der unter der Sozialdemokratie dieses Ortes großen Einfluß hatte, im Gemeinderathe für ein neues Kriegerdenkmal gestimmt. An der Stelle des alten Kriegerdenkmals soll eine neue Straße durchgeführt und das alte Kriegerdenkmal deshalb abgerissen werden. Um nun bei den Kriegervereinen nicht anzustoßen, sondern womöglich zu erreichen, daß einige von ihnen bei der Landtagswahl für uns stimmen, ferner weil 1870/71 aus Willau auch drei Personen gefallen sind, die zu unseren Parteigenossen im Freundschaftsverhältnisse standen, gab Müller seine Zustimmung, daß für das neue Denkmal 300 M. aus der Gemeindefasse gegeben werden. Das „Sächsische Volksblatt“ bezeichnet die Handlungsmasse Müllers als eine echte und rechte Stegmüllerei. „Man kann sich“, schreibt es, „bei verwickelten Gemeinde-Angelegenheiten einmal irren, aber bei Bismarck-Ehrungen, Sedanfesten, Militärvereinen und Kriegerdenkmälern giebt es einfach keinen entschuldigen Grund; hier müssen unsere Genossen und Vertreter wissen, daß sie gegen die allgemeine Ueberzeugung der Parteigenossen handeln. Das Verfahren unseres Genossen Müller ist sonach nicht nur aufs schärfste zu verurtheilen, sondern die Genossen dürfen wohl auch mit recht erwarten, daß derselbe die ihm übertragenen politischen Stellungen niederlegt. Wenn unsere

Genossen in Willau mit der gesamten großen Partei marschieren wollen, so dürfen sie Stegmüllereien der gedachten Art in keinem Falle sich wiederholen lassen.“

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Vom Liegnitzer Landgericht ist der Parteigenosse Feldmann aus Langenbielau von der Anklage freigesprochen worden, daß Berliner Polizeipräsidenten dadurch beleidigt zu haben, daß er in einer Versammlung in Petrovitz bei Jauer sagte, in Berlin sei es vorgekommen, daß Beamte Arrestanten derart geprügelt hätten, daß es sich angehört habe, als würden Teppiche geklopft. Das Liegnitzer Landgericht hatte seinerzeit die Einleitung des Hauptverfahrens abgelehnt, worauf der Staatsanwalt beim Breslauer Ober-Landesgericht Beschwerde führte, was dem Staatsanwalt recht gab. In der Verhandlung vor dem Landgericht beantragte er 6 Monate Gefängnis, weil Feldmann durch seine Rede die Autorität der Beamten untergraben habe. Feldmann erbot sich zu einem umfänglichen Wahrheitsbeweis seiner Aeußerung, der Gerichtshof erwiderte jedoch in dieser überhaup keine Beleidigung, erkannte deshalb, wie gesagt, auf Freisprechung und billigte Feldmann die Erstattung der gehaltenen Baarantlagen zu.

— Das sächsische Ministerium hat die Beschwerde verworfen, die dagegen eingelegt war, daß die Blauenische Kreishauptmannschaft eine Versammlung in Elsterberg verbot, weil der Reichstags-Abgeordnete Hofmann sprechen sollte. Die Zwickauer Kreishauptmannschaft hatte das Verbot bestritten, wegen man sich ans Ministerium gewandt hatte. Nach dessen Entscheidung steht es fest, daß ein Reichstags-Abgeordneter in Sachen vor seinen Wählern nur sprechen darf, wenn er der Polizei genehm ist. Bedürfte es noch eines Beweises, daß man sich im Lager der Reaktion den deutschen Parlamentarismus nur als Feigenblatt des Absolutismus denkt, das sächsische Ministerium hätte ihn — unserer Ansicht nach — geliefert.

— Der Medakteur der „Vogelwäldchen Volkszeitung“ in Falkenstein i. S., Hans Künzel, ist vorigen Sonnabend nach Verbüßung einer siebenmonatigen Gefängnisstrafe wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Er soll die lange Haft verhältnismäßig gut überstanden haben.

Soziale Uebersicht.

Etwas von der Unversöhnlichkeit nationalliberaler Unternehmer. Die „Nation. Korresp.“ versucht den „Vorwärts“ deshalb anzukempfen, weil dieser vor kurzen wieder einmal einen der vielen Fälle der Deffektivität unterbreitet hatte, wo einem Arbeiter, der Bruchschaden erlitten hatte, der ihm nach dem Gesetze zustehende Anspruch abgeprochen war, weil „der Schaden schon von früher herrühren könne“. Das nationalliberale Unternehmerblatt veröffentlicht nun die Zuschrift eines Unternehmers, nach der der Arbeiter sich solche Folgen der bureaukratischen und arbeiterfeindlichen Rechtsprechung in Unfalls- und Krankenfällen selbst zuschreiben habe. Der Arbeiter, heißt es da, solle sich bei seinen „sozialdemokratischen Lehrern“ bedanken. Denn die sozialdemokratische Fachzeitschrift, „Der Töpler“ hat vor Jahr und Tag Arbeitern, welche außerhalb des Betriebes einen Leistenbruch erleiden, anempfohlen, die Schmerzen so lange still zu tragen, bis sie im Betriebe eine Arbeit verrichten haben, bei der es möglich ist, sich einen solchen Bruch zuzuziehen“, mit anderen Worten „Der Töpler“ und die „sozialdemokratischen Lehrer“ hätten anempfohlen, zu mögeln. Diese Notiz hat uns veranlaßt, die betreffenden Artikel nachzuschlagen. Und was ist das Resultat? Der nationalliberale Gewährsmann der „Nat. Korrespondenz“ hat diese grausam angelogen, wie wohl er oder einer seiner Kollegen bereits am 17. Juni 1894 vom „Töpler“ ertrappt und festgenommen wurde, wie er mit einem ähnlichen Schwindel bei der „Nöln. Zeitung“ haufen ging. Kündigend hat der „Töpler“ Arbeitern den Rath ertheilt, einen außerhalb des Betriebes erlittenen Unfall in einen innerhalb des Betriebes erlittenen umzugestalten. Vielmehr ist die Sachlage folgende: Daß „Leistenbrüche“ Unfälle sind, ist im gewöhnlichen Leben und in medizinischen Kreisen stets unweifelhaft gewesen. Da Leistenbrüche aber häufig vorkommen, so haben die Verwaltungen, denen die Zahlung für die Unfälle obliegt, stets versucht, einen Leistenbruch als keine Krankheit, keinen Unfall, vor allem als keinen die Erwerbstätigkeit beeinträchtigenden Unfall hinzustellen. Der Leistenbruchkampf kam zunächst auf militärischem Gebiet zum Austrag. Einzelne Militärbehörden nahmen an, der Leistenbruch berechtige auch dann nicht zum Empfang einer Entschädigung, wenn er durch den Dienst veranlaßt war. Schließlich wurde seitens der zuständigen obersten Behörde der Streit etwa in dem Sinne entschieden, daß Leistenbrüche nur dann zu Entschädigungen berechtigen, wenn der nicht schwierige Beweis geführt sei, daß der Bruch infolge einer bestimmten Dienstverrichtung eingetreten sei. Dabei ist es auf militärischem Gebiet bis heutigen Tages geblieben. Viel schärfer entbrannte der Bruchkampf auf dem sozialpolitischen Gebiete. Das Reichs-Versicherungsamt hatte mit recht zu Beginn seiner Thätigkeit standig entschieden, daß der durch einen Betriebsunfall zugezogene Leistenbruch die Erwerbstätigkeit beeinträchtigen könne und im allgemeinen um 10 pCt. beeinträchtige. Da Leistenbrüche aber öfter sich ereigneten, so schrien die Unternehmer über diese Praxis. Jetermordio und setzten alle Hebel in Bewegung, um sie zu ändern. Dank ihrer reichen Machtmittel hat ihr Bestreben Erfolg gehabt. Es fanden sich leider eine Reihe gut bezahlter Unternehmerärzte, die zu beweisen suchten, daß Leistenbrüche etwas ganz Unerhebliches seien, daß die Erwerbstätigkeit nie beeinträchtigt, ja daß den Inhaber unter Umständen gar verschönere. Diesen Chimborasso von Willkür erlosam das Reichs-Versicherungsamt allerdings nicht. Wohl aber ließ es sich durch einen Haufen von „Gutachten“ allmählich dahin drängen, formell unmöglich den Beweis für einen Unfall im Betriebe als nicht erbracht zu erachten. Während dieses Kampfes fragte ein Leser des „Vorwärts“ (dem, nebenbei erwähnt später die Rente zugesprochen wurde) bei uns an, ob denn ein Leistenbruch ein Unfall im Sinne des Unfallgesetzes sei, da seine Berufsgenossenschaft das Gegentheil ausgeführt hatte. Unseren Bescheid suchte, wie wir übrigens erst jetzt erfahren, der „Töpler“ in seiner Nr. 44 vom 29. Oktober 1893 als nicht ganz zutreffend hinzustellen. In dieser seiner Polemik gegen uns giebt er mit Rücksicht darauf, daß bei Leistenbrüchen, die durch den Betrieb zugezogen waren, die Beweisführung so außerordentlich erschwert wurde, den nicht zutreffenden, wenn auch gutgemeinten Rath: sich der Schmerzlagen über einen im Betriebe erlittenen kleineren Bruch zu enthalten, bis bei einer außerordentlichen Kraftanstrengung die passende Gelegenheit dazu geboten“ ist. Mit keiner Silbe rath der „Töpler“ dazu, wie der tintenleerige Korrespondent aus der Unternehmerklasse behauptet, einen außerhalb des Betriebes erlittenen Leistenbruch in einen im Betriebe erlittenen umzugestalten. Der Artikel der „Nation. Korrespondenz“ und seine Unwahrheiten beweisen aber wieder einmal, zu welchen Mitteln Unternehmer greifen, um durch sie den Arbeitern zugefügte Ungerechtigkeiten auf die Schultern der Arbeiter und ihrer „sozialdemokratischen Lehrer“ zu wälzen. Der Artikel hat uns nebenbei durch das in ihm liegende Zugeständnis, daß die herrschende Praxis Ungerechtigkeiten zeitigt, Freude bereitet. Den Ungerechtigkeiten ist nur dadurch vorzubeugen, daß die kolossale Uebermacht des Unternehmertums bei der Rechtsprechung über Unfallsachen etc. beseitigt wird.

Ueber die Stellenvermittlung ordnete das bayerische Ministerium statistische Erhebungen an.

Krankenkassenwesen. Das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe ertheilte der Kranken-Unterstützungs- und

Beerdigungsvereins-Kasse „zur Freundschaft“ in Berlin, der Kranken- und Sterbekasse „Vindicta“ (E. H.) in Neufeld, der Bergischen Kranken- und Sterbekasse (E. H.) zu Wittenhof, der Krankenkasse des Hilfsvereins für weibliche Angestellte (E. H.) in Berlin und der Kranken-Unterstützungs- und Sanitätskassen (E. H.) zu Entheim die Beweise, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen.

Ein Gewerbegericht wird nun auch Gesees münde erhalten. Die Regierung hat das vom Magistrat eingereichte Statut genehmigt.

Unterstützung des Fabrikinspektors durch die Arbeiter. Das Gewerbeschafstatut in Lübeck hat aus seiner Mitte eine dreigliedrige Kommission gewählt, die den Auftrag hat, den Fabrikinspektor über Mißstände der gewerblichen Betriebe zu unterrichten.

Die Abschaffung des Volksschulgeldes haben auch die Gemeindefollegen von Heidenheim in Württemberg beschlossen.

Zur Lage der Gastwirthsbediensteten. Der Besitzer des „Hotels zum deutschen Haus“ auf Rorderney, ein Herr G. Weidemann, hat in dem Schriftstücke, das er sich von seinen Arbeitern unterschreiben läßt und das er deshalb vermuthlich für einen Kontrakt hält, u. a. die Bedingung, daß jeder Bedienstete nicht nur seine und seines Oberleiters Befehle, sondern auch die seiner Familie ohne Widerrede auszuführen hat. Weiter heißt es, daß alle im Geschäft vorkommenden Arbeiten zu jeder Zeit unweigerlich ausgeführt werden müssen. Wer sich zu irgend einer Zeit ohne Erlaubnis aus dem Hause entfernt, wer beim Ankleiden sich länger aufhält „wie nöthig“, muß Strafe zahlen. Kündigungen von Seiten der Bediensteten gelten während der Saison immer auf 14 Tage im voraus, dem Herrn Prinzipal dagegen ist es „überlassen, Kündigungen jederzeit vorzunehmen“. Wer ohne gekündigt zu sein und ohne Einverständnis“ des Herrn G. Weidemann seinen Dienst verläßt, verliert dadurch jeden Anspruch auf Gehalt“. Kurz, dieser Kontrakt ist fast schlimmer als eine Gefängnisordnung. Der Herr Prinzipal hat alles Recht, der Bedienstete gar kein. Und wie er, versahren gewiß noch un-jährliche Gastwirths im Deutschen Reich, das mit seiner „Arbeiter-sürsorge“ so groß thut.

Vorläufige Ergebnisse der Vervölkungszählung vom 14. Juni. Wilhelmshaven 17 056 Einwohner. Bant 10 065. Bunklau 18 726. Haynau 9620. Rassel 60 058. Suhl i. Th. 12 018. Cera 42 555. Ronsdorf in der Rheinprovinz 12 060.

Aus Amerika. Das Obergericht des Staates Missouri hat ein vor zwei Jahren geschaffenes Gesetz für „inkonstitutionell“ erklärt, durch welches diejenigen Unternehmer mit Geld- und Gefängnisstrafe bedroht werden, welche Arbeiter wegen Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation, oder wegen ihrer Weigerung entlassen, ihre Verbindung mit einer solchen zu lösen. Das Obergericht hat selbstverständlich damit nur dem Unternehmer zum Liebe arbeiten wollen, obwohl das Gesetz praktisch wenig Werth für die Arbeiter hatte, denn anstatt sie offen zu maßregeln, entließ man sie einfach ohne Angabe des Grundes. Immerhin legte es den Unternehmern einen Zwang auf. So fiel es denn, und das Obergericht begründete diesen Akt der Klassenjustiz mit dem heuchlerischen Vorgeben, das Gesetz sehe Nichtgewerkschafter in Nachtheil und sei somit ein mit der Konstitution der Vereinigten Staaten unvereinbares Klaffengesetz.

Auch in rein politischer Beziehung geht es im Lande der Freiheit“ mehr und mehr bergab. In Mississippi und Nord-Carolina hat man das Wahlrecht schon verächtlich, jetzt ist man auch in Louisiana an dieser schändlichen Arbeit. Der nächsten Volksabstimmung über eventuelle Änderungen der Staatskonstitution liegt ein von den Groß- und Kleinkapitalisten (die Farmer eingeschlossen) unterstützter Vorschlag vor, jeden vom Wahlrecht auszuscheiden, der nicht lesen kann oder nicht Eigentum im Werthe von mindestens 200 Doll. besitzt. Und da in Louisiana — wie in fast allen Südstaaten, die großen Städte theilweise ausgenommen — das Schulwesen das denkbar miserabelste ist, und die gebräuchlichen niedrigen Löhne das Erwerben von Eigentum in jener Höhe ausschließen, so ist klar, daß durch jene Verfassungsbänderung ein sehr großer Prozentsatz der arbeitenden Bevölkerung vom Wahlrecht ausgeschlossen würde, also nicht nur die Regier, gegen die sich in den beiden erstgenannten Staaten das Attentat nominell richtete.

Die Exekutiv-Behörde der „Federation of Labor“ hat beschlossen, im ganzen Lande Protest-Versammlungen gegen die Verurtheilung von Debs und Genossen zu veranstalten.

Gewerkschaftliches.

Verichtigung. In der Nr. 156 des „Vorwärts“ vom 7. Juli wollen die in einer Notiz vom 2. Juli betreffend den Flensburger Maurerstreik genannten Personen angeblich nicht gewußt haben, daß in Flensburg ein Streik der Maurer ausgebrochen sei. Dies ist eine Unwahrheit. Einige von den betreffenden Personen waren schon vorher, aber alle Genannten noch eindringlich auf dem Leichter Bahnhof von den Unterzeichneten gewarnt und förmlich gebeten worden, nicht nach Flensburg zu fahren. Sie haben es aber dennoch gethan. A. Dähne. F. Schulz. O. Richter. F. Cuno. W. Rasche. C. Hoffmann.

Nicht über das Geschäft des Reichstags-Abgeordneten Jakobskötter, sondern über das eines Namensvetters von ihm haben die Schneider Erfurt die Sperre verhängt. Insofern erledigen sich die Bemerkungen, die wir an die Mittheilung knüpften.

Die Stadtkonferenz Leipzigs beschloß die allgemeine Einführung der jetzt nur in einzelnen Werksstätten bestehenden neun-stündigen Arbeitszeit.

Für Handschuhmacher. Die Differenzen in Menden bei Düsseldorf sind durch das Eingreifen des Handschuhmacher-Verbandes beigelegt. Der alte Schnittpreis wird weiter bezahlt.

Die Zahl der streikenden Konfektionschneider Stettins wird auf 3—4000 geschätzt. Zugewonnen sind dort in der Konfektionsbranche circa 6000 Personen beschäftigt. In den 14 großen Geschäften wird gearbeitet, in den übrigen 16, meist kleinen, wird gearbeitet.

Der Streik der Dollerer, Juristen und Färber der Knabe'schen Fabrik in Ostermied a. H. dauert fort. Die Haltung der Streikenden ist nach wie vor gut, was schon daraus hervorgeht, daß von den ursprünglich 118 Ausständigen, von denen die Mehrzahl bis zu Anfang des Streiks nicht organisiert war, bei nun fast zehnmonatlichem Ausstande nur 4 die Arbeit wieder aufgenommen haben. Die Ausständigen auf Er-folg sind durchaus nicht ungünstig. Herr Knabe, der mit seinem jetzigen Arbeiterpersonal seine Aufträge nicht erledigen kann, sucht sich unter anderem auf folgende Weise zu helfen: er schickt gefärbtes, aber noch nicht zugerichtetes Leder an irgend einen Vermittler (auch in Ostermied soll sich ein solches „Medium“ befinden), um dann das Leder in anderen, auswärtigen Fabriken zurichten zu lassen. Wir möchten nun die Kollegen allerorts ganz besonders darauf aufmerksam machen, falls ihnen verdächtiges Leder unter die Finger kommt, doch peinlichst darauf zu achten und nach-zuforschen, ob es nicht aus der Knabe'schen Fabrik stammt. Zum Schluss sprechen wir all' den freundlichen Gedeihen, die uns durch

Ihre pekuniäre Hilfe unterstützen, unseren wärmsten Dank aus und bitten, uns auch ferner ihre Sympathie zu bewahren, denn der Kampf ist noch immer ein hartnäckiger. Briefe sind zu richten an Gd. Heibelberg, Osterwied (Harg), Wallstr. 4, Gelder an Aug. Schuchel, Osterwied (Harg), Pfingstplatz 1. Die Kommission der Ausständigen der Knabe Fabrik in Osterwied am Harg. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck dieses Aufrufs ersucht.

Die öffentliche Kritik der Hungerlöhne, die in Meerane die Fabrikanten den Webern zahlen, scheint im Grunde natürlich mit der Streibewegung der Weber, die Fabrikanten mürbe gemacht zu haben. Das „Chemnitzer Tageblatt“ meldet, die Hälfte aller Fabrikanten Meerane habe sich bereit erklärt, in Verhandlungen einzutreten und die Löhne aufzubessern.

In der fortgeschrittenen Aufklärung der Vergarbeiter-Organisationen schreibt das „Sächsische Volksblatt“: „Wenn man beherrschend glaubt, die Vergarbeiter in Sachsen durch diese Maßnahmen atomisieren zu können, so irt man sich gewaltig. Der Geist der Organisation liegt nun einmal in den sächsischen Vergarbeitern; seit 1877 sind die Vergarbeiter organisiert, die Regierung kommt mit ihren Auflösungen zu spät. Aus den Ruinen der aufgelösten Organisationen werden neue Organisationen entstehen. Die Regierung wird diese, aller Auslegungsfähigkeit des Vereinsgesetzes ungeachtet, nicht zu verhindern vermögen.“

In Nürnberg betrug am 8. Juli die Zahl der streikenden und ausgesperrten Tischler 103 Mann. Die Holzindustriellen hätten die Aussperrung ihrer Arbeiter bis jetzt nicht ausgeführt.

In Wien steht ein Streik der Zimmer- und Dekorationsmaler bevor, weshalb Jüngling streng fernzuhalten ist.

In Odrau in Oesterreich ist der Streik der Arbeiter der Gummiwaren-Fabrik von Schneck u. Kohnberger zu Ungunsten der Ausständigen verlaufen. Ursache: Zahlreiche Streikbrecher.

Die Bäcker Salzburgs beschließen den Streik für den Fall, daß ihnen folgende Forderungen nicht bewilligt würden: 1. Gehaltstündige Arbeitszeit, einschließlich zwei Stunden Ruhepause, 2. Kost und Wohnung außer Haus, 3. Minimallohn von 10 fl. und freies Brot, 4. wöchentlich einen Ruhetag in der Dauer von 36 Stunden ununterbrochen, 5. kein Arbeiter darf wegen der Forderungen entlassen werden, und Wiedereinstellung der Gemahregelten, 6. Einführung der Arbeitsvermittlung durch den Fachverein der Bäcker.

Aus dem dunkelsten Deutschland.

Dem Aufruhrprozeß in Bentzen, dessen Beginn wir gestern bereits kurz gemeldet haben, liegen folgende bezeichnende Vorgänge zu Grunde:

In dem 1 1/2 Meilen von Bentzen entfernten Dorfe Miltuschütz besteht die Mehrzahl der Bevölkerung aus Grubenarbeitern, die sämtlich überzeugungsreue Katholiken sind. Bezeichnend für die Dorfbewohner ist folgender Vorgang: Als vor einigen Jahren, aus Anlaß einer Streikrevolte, gegen die Revoltierenden Klagen aufgegeben wurden, empfing die Menge diese mit Steinwürfen. Als jedoch das Militär zurückgezogen und ein Pfarrer im Ort, mit dem Kreuz auf der Brust erschien, sanken sämtliche Revoltierende auf die Knie. Vor einiger Zeit sollte in Miltuschütz eine neue Kirche gebaut werden. Die Grubenarbeiter drängten sich dazu, um Ueberstunden zu machen, damit sie ihr Scherlein zu dem Bau der neuen Kirche beitragen konnten. Kaum war aber der Neubau der Kirche vollendet, da starb der alte Pfarrer des Dorfes. Die fürstbischöfliche Behörde setzte vorläufig den Kaplan Burel als Pfarrerverweser ein. Dieser verstand es, sich die Herzen der Gemeindemitglieder im Fluge zu erobern, so daß letztere nichts schelmischer wünschten, als den Kaplan Burel zum ständigen Seelsorger zu erhalten. Die Gemeindemitglieder richteten deshalb an den Kardinal-Fürstbischof Dr. Kopp zu Breslau eine Bittschrift, in welcher sie diesen baten, den Kaplan Burel definitiv als Pfarrer in Miltuschütz einzusetzen. Der Kardinal-Fürstbischof antwortete, daß es nicht in seiner Macht liege, der an ihn gerichteten Bitte zu willfahren, da ihm nur das Bestätigungsrecht zustehe. Das Bestätigungsrecht habe der Patron der Kirche, Graf Guido Henkel v. Donnermark. Letzterer wollte aber der Miltuschützer Gemeinde ihren Wunsch nicht erfüllen. Trotz Bitten der Miltuschützer, bestimmte Graf Henkel, daß Kaplan Burel die Pfarre in Alt-Tarnowitz erhalten und die bessere Miltuschützer Pfarre dem bedeutend älteren bisherigen Seelsorger von Alt-Tarnowitz, Pfarrer Weindoch, übertragen werde. Der Fürstbischof bestätigte diesen Vorschlag. Allein dieser war wenig nach dem Geschmack der Miltuschützer. Kaplan Burel mochte wohl oder übel seinen Wohnsitz nach Alt-Tarnowitz verlegen. Er wurde mit Fluthen von Thränen von den Gemeindemitgliedern zum Dorfe hinaus begleitet. Der gegenwärtige Empfang ward dem Pfarrer Weindoch zu theil. Dieser sandte seine Möbel voraus. Als letztere die Dorfstraße entlang gefahren wurden, bemächtigte sich der Miltuschützer eine hochgradige Erregung. Eine zahlreiche Menschenmenge zog unter lauten Beschimpfungen nach dem Pfarrhause und nur dem energischen Vorgehen des Gendarmen, des Gemeindevorstehers und des Amtsvorstehers gelang es, die Möbel vor dem vollständigen Demolieren durch die Menge zu schützen. Wenige Tage darauf, am 18. Juni d. J., erschienen nun Pfarrer Weindoch, nebst seiner bei ihm als Wirtschaftsführerin fungierenden Schwester, der verwitweten Anna Hennig, und seinem Dienstmädchen Marianna Wladisch. Die Gemeindemitglieder verlangten, daß der Pfarrer noch an demselben Abend eine Andacht in der Kirche abhalte. Diesem Verlangen kam der Geistliche nach. Die Kirche war lange vor Beginn des Gottesdienstes bis auf den letzten Platz gefüllt. Eine unerbittliche Erregung hatte sich der Gemeinde bemächtigt. Als nun der Geistliche vor dem Altar erschien, brach die Gemeinde in derartiges lautes Schluchzen aus, daß der Geistliche nicht zu Wort kommen konnte. Er forderte deshalb die Gemeinde auf, endlich Ruhe zu bewahren, damit er die Abendandacht verrichten könne. Diese vieldeutige in etwas barockem Tone gekündeten Worte bewirkten aber nur, daß ein furchtbares Geheul losbrach und der Pfarrer geradezu bedroht wurde. Er sah sich schließlich genöthigt, den Altar und die Kirche unverrichteter Sache zu verlassen und sich schleunigst nach seiner Wohnung zu begeben. Jetzt kam aber der Unwille der Bevölkerung erst recht zum Ausdruck. Unter lautem Pfeifen, Schreien und Schimpfen wurde der Geistliche von der in der Kirche versammelt gewesenen Gemeinde bis zum Pfarrhause verfolgt. Die Menge wuchs immer mehr an und im Nu waren Stöße, Schirme, Steine und Aeste zusammengetragen, mit denen die erregten Leute gegen den Pfarrer und seine Angehörigen thätlich vorgegingen. Der Pfarrer flüchtete sich zu seiner Schwester und Dienstmädchen in den Keller und schloß diesen eiligst hinter sich zu. Allein die Menge stürmte ihm nach, erbrach gewaltsam die verschlossene Kellertür und mißhandelte und beschimpfte dort den Pfarrer, dessen Schwester und Dienstmädchen in der gräßlichsten Weise. Amtsvorsteher, Gendarm und Gemeindevorsteher, die dem bedrängten Pfarrer zu Hilfe geeilt waren, vermochten gegen die Revoltierenden nur wenig auszurichten. Der Gendarm holte schließlich sein Pferd und ritt in die Menge hinein. Erst dadurch vermochte er es zu bewirken, daß diese sich auf den Kirchplatz zurückzog. Allein hier sammelten sich die Leute von neuem, warfen den Gendarm mit Steinen und machten schließlich den Versuch, ihn gewaltsam vom Pferde zu reißen. Nun blieb dem Gendarm nichts weiter übrig, als seinen Revolver zu ziehen und 11 scharfe Schüsse

unter die Menge zu feuern. Dadurch wurden mehrere Personen theils leicht, theils schwer verletzt. Dies bewirkte aber, daß die Leute sich allmählich zerstreuten. Erst Hilfe herbeigeholter Gendarmen aus der Umgebung gelang es, den Pfarrer Weindoch nebst Schwester und Dienstmädchen unter sicherem Geleit nach seiner bisherigen Pfarre Alt-Tarnowitz zurückzubringen und die Haupt-Exzessanten zu verhaften.

Es sind dies: 1. der Grubenarbeiter Josef Wozniha, 2. Grubenarbeiter Johann Kalas, 3. Grubenarbeiter August Hohnisch, 4. Bergmann Lorenz Eich, 5. Bergmann Martin Eich, 6. Bahnarbeiter Martin Lampert und 7. Schlepper Johann Schoppa. Wegen dieser ist Anklage wegen schweren Aufruhrs, Auflaufs und Landfriedensbruchs, und zwar als Häufelsführer erhoben worden. Die Verhandlung sollte bereits am 1. Juli vor dem Schwurgericht stattfinden. Da aber die Vertheidiger es für nothwendig erachtet haben, auch die Motive dieser Straftthaten festzustellen und insolge dessen die Nothwendigkeit einer Anzahl neuer Zeugen zu haben sich ergab, so wurde auf Antrag der Vertheidiger die Verhandlung auf Montag vertagt.

In dem Miltuschützer Aufruhrprozeß wurde am Montag vor dem hiesigen Schwurgericht zunächst der Anklagebeschluß verlesen und dann zur Vernehmung der Angeklagten geschritten. Da diese, ebenso wie die Zeugen, unter denen sich auch die Pfarrer Weindoch und Burel befinden, meist nur polnisch sprechen, so wurde durch Vermittelung eines Dolmetschers verhandelt. Der Angeklagte Wozniha giebt zu, den Pfarrer mit vielen anderen Leuten in seine Wohnung verfolgt zu haben, will jedoch sinnlos betrunken gewesen sein. Er habe weber den Pfarrer noch dessen Schwester geschlagen. Nach seiner Angabe sei der ganze Krawall nur durch die Köchin des Pfarrers Weindoch verursacht worden, weil diese der Köchin des Pfarrers Burel stets allen möglichen Schabernack angethan habe. Beim Herausritt aus der Wohnung des Pfarrers habe er von einer Aufforderung der Obrigkeit, sich zu entfernen, nichts vernommen. Auch der zweite Angeklagte Kalas will von einer solchen Aufforderung nichts gehört haben; der Gendarm habe sofort geschossen. — Der Angeklagte Hohnisch will zufällig auf den Kirchhof gekommen sein, wo etwa 3000 Menschen versammelt waren. Er behauptet ebenfalls, von einer Aufforderung des Gendarmen zum Auseinandergehen nichts gehört zu haben. Dasselbe betünden die Angeklagten Lorenz und Martin Eich. Letzterer giebt zu, eine Art in der Hand gehabt zu haben. Seine Aufforderung, den Gendarm todzuschlagen, könne er nur in sinnloser Trunkenheit gethan haben. Die beiden letzten Angeklagten Lampert und Schoppa bestritten ebenfalls, sich schuldig gemacht zu haben. Es wird nunmehr zur Beweisaufnahme geschritten. Der erste Zeuge, Pfarrer Weindoch, ein kleiner, sehr freundlich aussehender Herr von 55 Jahren, schilderte die Vorgänge in der von uns gestern bereits angegebenen Weise. Er habe sich schließlich mit seinen Angehörigen in den Keller flüchten müssen. Die tausendköpfige Menge aber habe die Kellertür gesprengt, und nun habe sich besonders Wozniha durch unpassende Bemerkungen und Thätlichkeiten hervorgethan. Die Menge sei erst auseinander gegangen, als der Gendarm kam. Nachher entstand der Krawall auf dem Kirchhof, wo der Gendarm schließlich scharf geschossen und mehrere Leute schwer verwundet habe.

Die Geschwornen erkannten in der Dienstadt verhandlung alle Angeklagten mit Ausnahme des Schoppa für schuldig. Sie bejahten nur bezüglich des Wozniha betreffs des Landfriedensbruchs die Häufelsführerschaft und billigten allen Angeklagten mildernde Umstände zu. Der Gerichtshof verurtheilte sodann Wozniha zu 2 Jahren, Kalas und Hohnisch zu je neun Monaten, Lorenz Eich zu 1 1/2 Jahren, Martin Eich und Lampert zu je 1 1/4 Jahren Gefängnis. Schoppa wurde freigesprochen.

Versammlungen.

Am Montag Abend erläuterte Reichstags-Abgeordneter Stadthagen in überfüllter Volksversammlung die Frage: Was ist eine „Frauenperson“ werth unter Berücksichtigung behördlicher Einschätzungen? Als Beispiele für die behördliche Auffassung von der mit Lehrlingen u. geschlechtlich gleichgestellten Frauenperson erwähnte der Vortragende die charakteristischen Momente vom Fall Reist, den Entschluß des Ministers des Innern in Sachen der Polizeistunde für Nachtcafés und die in letzter Zeit so viel Aufsehen erregende Auflösung und Behandlung der Frauen-Agitationskommission. Das Urtheil des Gerichts in der letzten Angelegenheit zergliederte der Redner in kritischer Weise. Da der „Verein“ Agitationskommission erwiesenermaßen keinen Zugang gehabt hat, so besteht das Delikt darin, daß die Mitglieder des Vereins sich selber aufgenommen haben! Der Redner folgert, daß durch diese immer geartete behördliche Einschätzungen und drakonische Strafen der berechtigten Kampf um die Gleichberechtigung der Geschlechter nicht aufgehalten werden kann. Trotz der fast allmächtigen Köllerei werde fleißig weiter agitiert werden. — Der sehr beifällig aufgenommenen Rede folgte eine animierte Diskussion, in der alle Rednerinnen mit lebhafter Betonung versicherten, daß sie den in den letzten Sätzen des Redners ausgesprochenen Schlussfolgerungen durchaus bestimmten. In der Versammlung nahm auch ein noch junger Mann aus dem gegnerischen Lager das Wort. Seine Ausführungen gaben Veranlassung, daß Hr. Baader, Hr. Thier, Hr. Fahrenwald u. a. den Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung eingehend klarlegten.

Die überaus traurige Lage der Handwerker bildete das Thema einer öffentlichen Versammlung der Stuhlarbeiter Berlins und der Umgegend, die am 8. Juli in Nietz's Salon, Weberstraße 17, stattfand. An die Mitglieder der Weber- und Wirtler-, Maschinmacher- und Tischmacher-Junungen, sowie an alle selbstständigen Stuhlarbeiter waren hierzu besondere Einladungen ergangen. Veranlaßt durch die schon mehrere Jahre anhaltende Geschäftsstagnation und der damit im Zusammenhang stehenden Lohnreduzierungen war der Vorstand des Bundes deutscher Weber-, Wirtler- u. Junungen bei dem feierlichen von dem Gewerbeamt von Stälpnagel ins Leben gerufenen „Berliner Einigungsamt für Weber und Wirtler“ um die Vermittelung zur Aufbesserung der Löhne vorstellig geworden. Am 1. Juli hat eine Sitzung des Einigungsamtes sich mit dieser Frage beschäftigt. Wie Webermeister Bruno Schulz berichtete, erklärten die Fabrikanten sich zu einer Lohnzulage bereit, jedoch hätten sie nicht die Macht, auf ihre Konkurrenten, die außerhalb des Einigungsamtes stehen, einzuwirken, damit von diesen ein gleiches geschehe. Die Vertreter der namhaftesten Firmen Berlins waren vielmehr der Ansicht, die Weber sollten sich vereinigen und ihre diesbezügliche Forderung allen Fabrikanten unterbreiten. Die gegenwärtige Geschäfts-loujunktur gäbe der Hoffnung Raum, eine Aufbesserung zu erzielen — nur möchten die Weber ihre Forderung nicht zu hoch schrauben (1 1/2). Der Referent führte der Versammlung des weiteren vor Augen, wie seit dem vorigen Jahre, wo die Webergefellens Berlins eine Aufbesserung der Löhne um 50 pCt. durchzusetzen gedachten, die Löhne noch fortgesetzt reduziert wurden und kam zu der Mahnung, daß von den Fabrikanten empfohlene Mittel, sich zu verhandigen, nicht von der Hand zu weisen. Das gegenseitige Sichunterbieten müsse aufhören und zu diesem Zweck auf einem etwa im nächsten Frühjahr abzuhaltenden Kongreß, zu dem die Fabrikanten im Einigungsamt eine Beihilfe zugesichert haben, die Lohnfrage durch einen festnormierten Tarif geregelt werden, der eventuell alle zwei Jahre revidiert werden könnte. Da in diesem Jahre die Saison bereits so weit vorgeschritten sei, daß eine bestimmte Forderung an die Fabrikanten zu stellen nicht mehr angängig wäre, empfahl der Redner die Entsendung einer Juchrist an alle Fabrikanten,

worin die Versammlung die Bitte ausdrückt, den seit Jahren herrschenden Nothstand, hervorgerufen durch Arbeitsmangel und ungenügende Löhne, durch eine Lohnaufbesserung lindern zu helfen. In der Juchrist heißt es weiter: „Die Versammlung ist augenblicklich nicht in der Lage, bestimmte Forderungen zu stellen, da jedoch von einigen der bedeutendsten Firmen die Zustimmung geworden, daß es nach Lage der Sache eine dringende Nothwendigkeit sei, die Arbeitslöhne auf allen Artikeln zu erhöhen, so glaubt die Versammlung, eine durchgehende Aufbesserung der Löhne beantragen zu können. Wir geben uns der Hoffnung hin, diesen gewiß ganz bescheidenen Wunsch erfüllt zu sehen und werden uns bemühen für später die vielfachen Differenzen in den Arbeitslöhnen durch einen geordneten Tarif zum Ausgleich zu bringen.“ — Ueber diejenigen Artikel, bei denen die Löhne eine Erhöhung erheischen, sollen sich die selbstständigen Stuhlarbeiter eines jeden Fabrikanten verständigen; dies hielt Redner bei der gegenwärtigen Lage der Dinge für den einzig möglichen und schnellsten Weg zur Erringung einer Lohnzulage. (Beifall.) Die Debatte war zeitweilig eine sehr erregte. Ein Meister rief den Versammelten, sich erst vor allem von dem „Bunztopf“ zu emanzipieren und sich besser zu organisieren, wie es Proletariern geziemt. (Beifall und Widerspruch.) Webermeister Wagner ging auf alle Bewegungen der Weber seit den 70er Jahren ein, stets fielen sie ins Wasser; nach Meinung der Fabrikanten wurden die Forderungen zu spät erhoben. Jetzt gäbe den Webern der Hunger aus den Fenstern und diese Gelegenheit benutzten die Fabrikanten, um den Großmüthigen zu spielen, in Wirklichkeit sei es ihnen nur darum zu thun, eine Preissteigerung ihrer Waaren herbeizuführen und ihre Läger zu räumen. Die Weber sollten eine bestimmte Forderung stellen, 50 pCt. wäre nicht zu hoch und durchaus nicht unbescheiden. (Beifall und Zurufe.) J. o. h. (Johannisthal) verlangte, daß die Versammlung nicht bittend, sondern fordernd den Fabrikanten gegenüber trete. Webermeister Schiffer plädierte für Abhaltung eines Kongresses, um auch die Meinung der Weber im Reiche zu hören und die Öffentlichkeit für sie zu interessieren. (Bravo.) Auch Obermeister Kölsch, der Leiter der Versammlung, griff wiederholt in die Diskussion ein, theils zur Beschwichtigung der Gemüther, theils zur Ergänzung des Berichtes. Nicht nur die Lage der Berliner, sondern überhaupt die aller Weber, welche für Berliner Fabrikanten arbeiten, solle gehoben werden, das war die Forderung auf dem Einigungsamt. (Zustimmung.) Der Referent vermißte praktische Vorschläge bei den Segnern des Einigungsamtes. Auch er verkannte nicht, daß die sozialpolitische Gesetzgebung dahin gedrängt werden müsse, durchgreifende Arbeiterkassensysteme und zwar auch solche für die Hausindustrie zu schaffen. Vorläufig könne ein Zusammengehen mit den Fabrikanten im Einigungsamt vielleicht doch etwas Ersprießliches leisten, gelinge es nicht, dann sei auch er dafür, den Schwerpunkt der Thätigkeit auf die politische, die moderne Arbeiterbewegung zu setzen. — Der neu gewählte Vertreter der Maschinmacher-Junung zum Einigungsamt, Meister Engelhardt, äußerte sich im Sinne seiner Kollegen. In dem Kongreß, der im Frühjahr in Berlin stattfinden könne, und auf dem auch die Fabrikanten vertreten sein würden, wäre nach seiner Ansicht auch die Velttheilung der Weber an mechanischen Stühlen erwünscht, da sie doch unter denselben miserablen Verhältnissen leiden. Die Vorarbeiten zum Kongreß solle dem Vorstand des Bundes der Weber- und Wirtler-Junungen überlassen bleiben. — Die Versammlung erklärte sich schließlich mit den Vorschlägen des Referenten einverstanden.

Der Verein deutscher Schuhmacher (Filiale I.) hielt am 1. Juli eine Versammlung ab. Nach einer interessanten Verlesung des Vorsitzenden Rieberauer wurde zur Besprechung von Vereinsangelegenheiten übergegangen. Unter anderem forderte das Mitglied Rott die Anwesenden auf, das Schuhmacher-Jahrbuch mehr zu abonnieren. Zum Schluß wird bekannt gegeben, daß der Verein am 11. August eine Dampferpartie nach Nordst bei Potsdam arrangiert.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer beschäftigte sich in seiner Mitglieder-Versammlung am 4. Juli mit der Erledigung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten. Zunächst wird die Abrechnung vom 2. Quartal 1896 verlesen. Diese ergibt eine Einnahme von 170,88 M., der eine Ausgabe von 79,71 M. gegenübersteht. Hierauf wird zur Wahl des Ausschusses geschritten, in welchen die Mitglieder Wendin, Grunke und Mohnta gewählt wurden. Zum Revisor wurde das Mitglied Wilhelm Rater ernannt. Nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Mitgliedes Fiedler wird vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß gegenwärtig die Urania für eine Vorstellung nicht zu haben ist, weshalb der in Aussicht genommene Besuch nicht stattfinden kann.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Bohum, 9. Juli. Bei dem Neubau eines Schulhauses brach heute früh ein Gerüst zusammen. Fünf Arbeiter wurden verletzt, darunter einer tödtlich und drei schwer.

Wien, 9. Juli. Abgeordnetenhaus. In der weiteren Debatte über das Budget wurde der Titel „Hochschulen“ erledigt. Bei Verathung des Titels „Mittelschulen“ einschließlich des Budgetpostens „Gilt“ vertrat Superintendent Haase den Standpunkt der Minorität des Ausschusses, Abgeordneter Hallwich hingegen brachte den Standpunkt der deutschen Linken zum Ausdruck, indem er betonte, daß die Errichtung ultramontanischer Schulen in deutschen Gemeinden der erste Schritt zur Slavisierung sei; Redner tadelt ferner die Haltung der Deutschkonserverativen und erklärte, dieselben würden zu spät einsehen, daß sie die gute Sache schädigten. Es sei für ihn eine nationale Pflicht, gegen den „Gilt“ zu stimmen. (Lebhafter Beifall links.) Die Abgeordneten Polshofer und Kraus bekämpften den Posten „Gilt“ ebenfalls. Abgeordneter Wosjizal erklärte, die Slovenen könnten von ihrer Forderung nicht abgehen; er sprach den Wunsch aus, daß bei der Abstimmung über „Gilt“ sich alle Gruppen der Rechten vereinigen möchten und daß diese Gruppierung zur Regel werde. Um dies zu ermöglichen, müsse die Regierung eine Parteigruppierung schaffen, wie sie in früheren Jahren bestand. Hierauf wurde die Verhandlung abgebrochen.

Heute Abend 7 1/2 Uhr beginnt die Verhandlung über die Zivilprozeß-Ordnung, welcher die Abenditzungen dieser Woche gewidmet werden sollen.

Paris, 9. Juli. Die Deputiertenkammer beriet heute die Vorlage betreffend die vier direkten Steuern. Der Bericht-erstatte Cochery beantragte die Vertagung der Verathung über den Gegenorschlag Cavaignac auf Einführung einer Einkommensteuer. Cavaignac bekämpfte diesen Antrag. Nachdem der Ministerpräsident Ribot nachgewiesen hatte, daß die Zeit zur Verathung des Gegenorschlages mangelte, wurde letzterer mit 298 gegen 296 Stimmen vertagt. Die Vorlage über die direkten Steuern wurde mit 440 gegen 59 Stimmen angenommen.

London, 9. Juli. Der internationale Eisenbahnkongreß wurde heute geschlossen. Der nächste Kongreß findet im Jahre 1900 in Paris statt.

(Depeschen-Bureau Herold.)

Paris, 9. Juli. Wie ein Telegramm des „Journal“ aus Petersburg berichtet, habe man in Moskau ein weitverzweigtes Komplott gegen das Leben des Zaren entdeckt. Der Chef der Sicherheitspolizei in Moskau, Oberst Verdieaw, beobachtete die Entwicklung der Affäre bereits seit einem Monat. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Acht Personen, von denen sechs kürzlich erst begnadigte Pihilisten sind, sind an der Verschwörung theilhaftig. Die Folgen des Planes hätten schreckliche sein können. Der Zar überforderte den Oberst Verdieaw als Belohnung 10 000 Rubel.

Parteigenossen! Arbeiter!

Im November d. J. finden die Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt. Wahlberechtigt ist nach § 5 der Städte-Ordnung jeder in die Wählerlisten eingetragene selbstständige Einwohner, der seit einem Jahre keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen hat und mindestens zur zweiten Steuerstufe (500—900 Mark Einkommen) eingeschätzt ist.

Die Liste der stimmungsfähigen Bürger wird vom 15. bis 30. Juli d. J. täglich von 9—3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2. Et., zu jedermanns Einsicht ausliegen.

Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste können nur während dieser Zeit schriftlich beim Magistrat erhoben werden. Ueber die Berechtigung der gegen die Richtigkeit der Listen erhobenen Einsprüche entscheidet die Stadtverordneten-Versammlung.

Zu einem für die Sozialdemokratie erfolgreichen Ausfall des bevorstehenden Kommunal-Wahlkampfes ist es notwendig, daß jeder stimmungsfähige Parteigenosse und Arbeiter sich durch Einschreibung in die Listen vergewissert, daß er sein Wahlrecht ausüben kann. Wir mahnen daher dringend zur genauesten Kontrolle der Wählerlisten, und richten diese Aufforderung besonders auch an diejenigen Wähler, welche wegen nicht vollbezahlter Kur- und Verpflegungskosten in städtischen Krankenhäusern nicht in die Wählerliste aufgenommen bzw. aus derselben gestrichen sind.

Der Magistrat betrachtet nämlich die Aufnahme und Behandlung in städtischen Krankenhäusern auch dann als eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln, wenn die dadurch entstandenen Kosten durch Matenzzahlungen abgetragen wird.

Die Stadtverordneten-Versammlung dagegen hat wiederholt beschlossen, daß Krankenhausschulden, welche durch Matenzzahlungen getilgt werden, nicht zum Verlust des Wahlrechts führen, und den Magistrat aufgefordert, demgemäß zu verfahren.

Da der Magistrat trotzdem an seiner Auffassung festhält, so fordern wir in der Gewissheit, daß die Stadtverordneten-Versammlung die Eintragung in die Wählerlisten beschließen wird, diejenigen Wähler, denen aus oben bezeichneter Veranlassung das Wahlrecht entzogen wird, hiermit auf, beim Magistrat schriftlich Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerliste zu erheben.

Parteigenossen! Zur Vorbereitung der im Herbst stattfindenden Kommunalwahlen muß zunächst die Kontrollierung der Wählerlisten organisiert werden.

Auf an's Werk! Die Listen liegen vom 15. bis zum 30. d. M. täglich von 9 bis 3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2. Et., zu jedermanns Einsicht aus.

Lokales.

Den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Wahlvereins vom 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises zur Nachricht, daß am Sonntag, den 14. Juli ein Familienausflug nach Johannis-thal, Lokal von Senftenberg stattfindet. Treffpunkt vormittags 10½ Uhr im selben Lokal.

Ein Lichtstrahl ist in das düstere Dasein der Verkäuferinnen großer kaufmännischer Geschäfte gefallen, ein Lichtstrahl, welcher mit warmen Glanze die Herzen dieser Armen erfüllt und eine Hoffnung auf eine Verbesserung ihres traurigen Loses weckt. Ja, endlich soll ihnen geholfen werden, und die Leiden, welche die Verkäuferinnen durch das Verbot des Niederseßens in den Geschäften erdulden müssen, sollen nun ihr Ende erreichen. Hört Ihr es wohl, Ihr Armen, zum permanenten Stehen Verdammt? Eine Gruppe adliger — man denke, adliger! — Damen hat sich gebildet zu dem liebevollen Werke, alle Ladeninhaber, die ihren Verkäuferinnen das Stehen während der Geschäftzeit verbieten, eindringlich auf das Schädliche eines solchen Verhaltens aufmerksam zu machen. Das haben allerdings vor den adligen Damen andere Leute auch schon gethan; Frauen und Mädchenvereine haben sich bemüht, den geplagten Verkäuferinnen Erleichterungen zu verschaffen, Kräfte sind in Wort und Schrift für das Stehen der Verkäuferinnen eingetreten. Alle Bemühungen waren indessen vergeblich. Was waren aber auch alle gegen die Gruppe adliger Damen, die jetzt den Verkäuferinnen erschienen ist als rettender Engel? Was vermögen Vernunft und Wissenschaft gegen den Einfluß, den eine Gruppe adliger Damen ausüben vermag? Die Geschäftsinhaber, die den Forderungen der ersten unzugänglich waren, werden sich dem Verlangen adliger Damen wohl weniger hochbeinig entgegenstemmen und ist somit die Möglichkeit gegeben, daß es der Gruppe adliger Damen gelingen werde, das harte Loos der Verkäuferinnen zu erleichtern. Doch klingt das Lied der braven adligen Damen! Geprüften sei die Gesellschaftsordnung, in der Vernunft und Wissenschaft vielleicht nicht so viel vermögen, als eine Gruppe adliger Damen!

Die frommen Attacken auf die Geldbeutel der Gläubigen finden nicht immer die gewünschte und erwartete freundliche Aufnahme. Einen klassischen Beweis hierfür muß eine fromme Anstalt selbst erbringen, nämlich das evangelische Johannistift in Wilmersdorf, welches Flugblätter zum Bau einer Anstaltskirche versendet. In dem Berichte hierüber wird nun voller Begeisterung gesagt: „Das einfache Bekenntnis zu Jesu Christo und seiner Kirche, wie es durch das Bild unseres Kirchleins auf dem Flugblatt zum Ausdruck gebracht ist, ohne auch nur im geringsten die Gegner des Christenthums zu provozieren, hat dieselben doch nicht rufen lassen. Da schied ein Feind der Kirche unser Flugblatt in unfrankiertem Kuvert wieder zurück mit einer ganz unflätigen Bemerkung. Darunter steht er das nachfolgende Gedicht: „Ihr glaubt, sie reiten nur ihr Stedenpferd, die Fürsten, wenn sie Dome, Klöster bauen. Ihr irrt! Schon saß sie vor dem Plamenschwert des freien Denkens ein gewaltig Grauen. Dieß soll des Glaubens schlimmer Rest zerstreuen; sie wissen's wohl, die Frommigkeit macht dumm. Ein Pfaffenknecht, von Gummelschurk befehen, hält auch den Rücken krumm!“ Ein anderer schreibt hinter die Frage: wer will uns bauen helfen? als Antwort: „Ich nicht, hilf dir selbst! Erstes

Gebot!“ Ein dritter fählt sich bemüht, auf zwei Postkarten die Pastoren „völlende, fressende, faulenzende Pfaffen“ zu titulieren, die in Sauf und Braus (sanftgemäß) leben“ und verspricht uns, „wenn die elsthafte Bettel nicht bald aufhört,“ uns „noch ausführlicher heimzuleuchten.“ Soweit der Postkartenbericht. Die frommen Herren erwarten sicher, daß durch die Veröffentlichung dieser — Schmeicheleien bei allen guten Christen eine Hochfluth sittlicher Entrüstung entfacht und der ersetzte Goldstrom etwas munterer als bisher nach dem evangelischen Johannistift plätschern werde. Vielleicht machen sie mit diesen Hoffnungen gleich schlechte Erfahrungen wie mit den Flugblättern.

Der Abzug von Berlin, der seit 1892 im Abnehmen war (zum Theil infolge der 1891 eingetretenen Abnahme des Zugzuges), hat 1894 wieder zugenommen, und zwar stärker, als nach der 1893 eingetretenen erneuten Zunahme des Zugzuges (vergl. „Der Zugzug nach Berlin“ in Nr. 155) zu erwarten war. Als fortgezogen wurden gemeldet:

	1894	1893	1892	1891	1890	1889
1894	156 194	149 768	150 708	152 988	148 810	141 225

Der Abzug stellt sich thatsächlich noch höher, da erfahrungsgemäß jährlich etwa 13 000 von Berlin fortziehende Personen nicht abgemeldet werden. Für die Sonderung in Selbstthätige und Angehörige und nach Geschlechtern können jedoch selbstverständlich nur die gemeldeten Fälle benutzt werden. Danach wären fortgezogen:

	1894	1893	1892	1891	1890	1889
Selbstthätige	76 923	75 490	77 606	81 306	81 556	77 265
männliche	55 105	53 066	52 541	51 517	48 046	44 428
weibliche	21 818	22 424	25 065	29 789	33 510	32 837
zusammen	132 033	128 556	130 147	132 823	129 602	121 718

Angehörige

	1894	1893	1892	1891	1890	1889
männliche	8 285	7 367	7 251	7 071	6 938	6 942
weibliche	15 876	13 840	13 310	13 094	12 270	12 370
zusammen	24 161	21 208	20 561	20 165	19 208	19 312

Bei der Gruppe der Selbstthätigen, die in erster Linie interessiert, kommt von der 1894 eingetretenen Zunahme des Abzuges auf das weibliche Geschlecht ein verhältnismäßig viel größerer Antheil als auf das männliche. Es entspricht das dem bedeutend größeren Antheil, der von der 1893 eingetretenen Zunahme des Zugzuges auf das weibliche Geschlecht kam. Der Abzug bewegt sich nämlich im allgemeinen parallel dem Zugzuge, soweit nicht der stärkere Einfluß abnormer wirtschaftlicher Verhältnisse diese Beziehung zeitweilig verwischt. Ueberblickt man den ganzen Zeitraum 1889—1894, so tritt die für beide Geschlechter besondere Bewegung des Abzuges und ihre ungefähre Parallellität zur Bewegung des Zugzuges (vergl. den oben erwähnten Artikel in Nr. 155) deutlich hervor. Selbst bei der Gruppierung nach Berufen ist eine solche Beziehung noch erkennbar.

Als fortgezogen wurden gemeldet, von männlichen Selbstthätigen z. B.:

	1894	1893	1892	1891	1890	1889
Metall-Verarbeit.	4 609	4 641	4 892	5 924	5 232	4 295
Holz- u. Schnitzwaren	3 237	3 311	3 437	4 000	3 809	3 362
Nahrungsmittel	5 327	5 093	5 012	5 034	4 996	4 935
Bekleidung, Reinigung	4 920	4 948	5 114	5 421	5 501	5 138
Baugewerbe	7 038	7 490	7 932	7 967	9 616	10 840
Arbeiter ohne Angabe	10 762	10 851	11 208	11 973	11 973	10 420
Handel	10 163	9 655	9 685	9 525	9 132	8 408
Persönl. Dienst	4 770	4 416	4 187	4 397	4 912	3 257

und von weiblichen Selbstthätigen z. B.:

	1894	1893	1892	1891	1890	1889
Bekleidung, Reinigung	3 142	2 692	2 876	2 255	2 185	2 012
Arbeiterinnen ohne Angabe	2 071	2 110	1 815	1 636	1 681	1 533
Persönl. Dienst	28 213	26 935	24 601	23 696	22 110	21 522

Die Betrachtung der Zu- und Abzüge im Baugewerbe, das seit Jahren in Berlin darniederliegt, ist besonders lehrreich. Der Werth eines Vergleiches zwischen Zu- und Abzügen wird allerdings durch die Unvollständigkeit der Zahlen etwas beeinträchtigt, zumal da die Unabgemeldeten sich auf die Geschlechter, die Altersklassen und gewiss auch auf die Berufe ungleich vertheilen. Ein Theil der von Berlin Fortziehenden dürfte auch nur nach einem Vorort überfleheln, aber nach wie vor in Berlin Beschäftigung behalten.

Eine patriotische Heldenthat ist in der Fröhe des letzten Sonntags in Weissensee verübt worden. Im Schloß Sterneder waren um 4 Uhr morgens zwei Parteigenossen damit beschäftigt, die Dekorationsstücke in den Garten zu tragen, welche zur Ausschmückung des im Laufe des Tages abgehaltenen sozialdemokratischen Volksfestes dienen sollten. Dies bemerkten die mit Gott für König und Vaterland kämpfenden Patrioten, welche in beträchtlicher Anzahl im Saale des betreffenden Lokales noch von der Feier her anwesend waren, die am Abend vorher von ihnen abgehalten war. Einige ganz besonders tapfere Helden rannten in den Garten hinaus, schlichen sich in den Orchesterpavillon und zertrümmerten dort die von unsern Parteigenossen kurz vorher in eine Ecke gestellte Vassalleuchte. Nachdem diese mutige That vollbracht worden war, begaben sich die Kämpfer, verfolgt von den beiden Parteigenossen, welche die Vererber des Vandalismus feststellen wollten, wieder in den Saal und brachten dort, als die Wessanten sie zur Rede stellten, ein Hoch auf den Kaiser aus. Dann verließen sie den Raum, nachdem eine Person das stolze Wort ausgesprochen hatte, daß dort, wo das rote Banner weht, kein Aufenthalt für Patrioten sei. Das Benehmen der Helden erschien selbst einem der zu ihrem Fest eingefahrenen Gäste so roh, daß er laut seine Mißbilligung darüber aussprach. Es versteht sich, daß die Ordnungsgewächse den armen Mann, der also wider den Stachel zu löten wagte, mit Prügelein traktierten. Dann entfernte sich die rüde Gesellschaft aus dem Garten.

Das sozialdemokratische Volksfest, welches am Sonntag stattfand, nahm selbstverständlich den besten Verlauf; etwa 6000 Parteigenossen und Genossen waren zu der von schönstem Wetter begünstigten Feier erschienen.

Die bisherigen Affizenz-Kerzte am Krankenhaus Friedrichshain veröffentlicht in der neuesten Nummer der „Berliner klinischen Wochenschrift“ nach ihrem Ausscheiden aus den bisherigen Stellen folgende Erklärung: „Weder dienstliche noch außerdienstliche Vergehen haben den Anlaß gegeben; besonders beruhen alle die Notizen, welche besagten, daß Jochgelege etc., durch welche die Ruhe der Kranken in irgend welcher Art gestört wäre, Anlaß zum Einschreiten gegen uns gegeben hätten, auf reiner Erfindung. Ursache war vielmehr ein uns durch seine Form und die Art der Uebersetzung verlegendes, von einem untergeordneten Bureaubeamten geschriebenes und uns offen ohne Umschlag durch den Bureaubeamten zugekommenes Schreiben der Direktion, in dem das öfter späte Nachhausekommen

einzelner Kerzte gerügt wurde. Daß wir dieses Schreiben, wie wir gerne zugeben, in zu scharfer Art beantworteten, wurde ferner veranlaßt durch die uns verlegenden Art der Beaufsichtigung durch den Pförtner des Krankenhauses. Hierauf wurden uns von der Deputation für die städtischen Krankenhäuser unsere Stellen gelöst. Auf grund gegenseitiger Erklärungen erfolgte bald eine vollständige Ausöhnung mit der Direktion, welche nun in entgegenkommenderweise bei der Deputation den Antrag auf Rücknahme der Kündigung stellte, dem diese trotz warmen Eintretens der ärztlichen Direktoren wider deren Erwarten nicht stattgab. Einzelgesuche auf Wiederanstellung nach erfolgter Kündigung einzureichen, war eine Zumuthung, der zu entsprechen uns unser Ehrgefühl verbieten mußte.“

Nach ist sah. Die Geschichte von der goldenen Medaille, die der Kaiser zum Verdruss der hiesigen Kunstlerchaft der Malerin Wilma Parlaghy im vorigen Jahre verehrt hat, dürfte noch erinnerlich sein. Mit dieser Medaille hat die Dame das Recht erworben, der Jury anzugehören, welche über die nächste Verleihung der „Auszeichnungen“ zwar nichts zu bestimmen hat — soweit gehen die Rechte deutscher Künstler nicht — wohl aber dem Kaiser Vorschläge machen darf, die dieser nach Belieben befolgen oder auch verwerfen kann. Frau Parlaghy ist aber keine Einladung zu den letzten Sitzungen zu gestellt worden, die Jury hat vielmehr ihre Arbeiten beendet und dem Kaiser allerunterthänigst ihre Vorschläge ohne Hinzufügung der Dame mit der Medaille unterbreitet. Es ist natürlich gleichgültig, ob die Gründe, welche die Jury veranlaßt haben, ohne Frau Parlaghy ihres Amtes zu walten, der Offenlichkeit unterbreitet werden oder nicht, wohl aber läßt diese kleine Anekdote auf das ideale Streben schließen, das in Frau Parlaghy das Kunst-Gemüthenthum befeuert. Die Sozialdemokratie kann sich beglückwünschen, daß die berufenen Vertreter der zeitgemäßen „Kunst“ sich noch ängstlich vor einer Berührung mit ihr zurückhalten.

Der Paketfahrt-Gesellschaft scheinen die elenden Löhne, die sie ihren Angestellten zahlt, noch nicht niedrig genug zu sein. Seit einigen Tagen werden von ihr trotz der großen Arbeitslosigkeit, die in Berlin herrscht, Soldaten zum Sammeln von Paketen verwendet. Genossen der Paketfahrt-Gesellschaft vielleicht die 12 pSt. Dividende noch nicht, die sie im vorigen Jahre zu zahlen in der Lage war?

Moderne Eisenbahnpolitik. Die wegen Ausdehnung des Vorortverkehrs auf der Anhalter Bahn über Groß-Lichterfelde hinaus bis Ludenwalde oder wenigstens Trebbin an den Eisenbahnminister gerichtete Petition ist jetzt „bis auf weiteres“ abgelehnt worden. Gleichfalls abgelehnt hat ferner die Eisenbahndirektion Berlin die von Landwirth erbetene Haltestelle an die Anhalter Bahn bei der Viktoriastraße. Was zu erwarten war. Die Haltung der Eisenbahndirektion der Entwicklung Berlins und seiner Vororte gegenüber ergibt sich nach einer Mittheilung der „Volks-Zeitung“ aus einer Antwort, welche den Vertretern eines westlichen Vororts zu theil wurde, als diese wegen Einlegung eines schon seit mehreren Jahren für dringend notwendig erklärten neuen Bahnhofes vorstellig wurden. Die Antwort lautete: Wir können ja schon von den anderen Stationen die Leute nicht mehr befördern, und da sollen wir nun noch eine weitere Station einlegen! Welch eine westmännische Auffassung vom Zeitalter des Verkehrs! Sie steht ganz auf der Höhe der — Straßenabsperungen, die im gleichen Zeitalter als Fieber des polizeilich-militärischen Berlins betrachtet werden.

In Charlottenburg ist abermals eine Ordnungsfälle geführt. Der Kalkulator und expedirende Sekretär in der Kaiserlichen physikalisch-technischen Reichsanstalt, Premierlieutenant a. D., Ritter des Eisernen Kreuzes u. s. w., Wendelin, befindet sich seit 14 Tagen in Untersuchungshaft. Es wird dem Wendelin zur Last gelegt, Unterschlagungen an Reichsgeldern, sowie Urkundenfälschungen begangen zu haben. Der Angeklagte bezog außer seinem guten Gehalt noch seine Offizierspension. Es versteht sich, daß Premierlieutenant a. D. Wendelin durch und durch als Ehrenmann und Ordnungsfähiger galt; wenn man ihm auch nachsagte, daß er die ihm anvertrauten Gelder mit Dinnen verbrachte und wenn er ferner auch seine Untergebenen mit seltener Schneidigkeit behandelte, so wog er diese kleinen Schwächen reichlich durch gute Besinnung auf. Unter anderem kandidirte er bei der letzten Landtagswahl als konservativer Wahlmann.

Nach langer Pause hat der Verein der Saalbesitzer, der im vorigen Jahre in der Hitze des Vogelschlachtes gebildet wurde, wieder ein Lebenszeichen von sich gegeben. Am Dienstag Nachmittag fand im Volke'schen Lokale eine schwach besuchte Versammlung statt, in der beschlossen wurde, eine Petition an den Polizeipräsidenten und die in Frage kommenden Vandräthe zu richten, um eine Verlängerung der Polizeistunde für die Saal-Lokale, Theater etc. während der Dauer der Gewerbe-Ausstellung im Jahre 1896 zu ermöglichen. Der Vorstand wurde beauftragt, eine dahingehende Petition der am letzten Dienstag im August zusammentretenden Versammlung vorzulegen.

Der schneidige Wirth vom Alstädter Hof war gleichfalls erschienen, um seine Kollegen „authentische Aufklärung“ über den bekannten Fall mit dem freisinnigen Arbeiterverein zu geben. Aus den Darlegungen des Herrn Walterstein ging, wie wir gleich mittheilen, aufs deutlichste hervor, daß er nur an dem Worte Arbeiter-Versammlung Anstoß genommen hat. — Er drübe nur anständiger und seine Leute in seinem Lokale, meinte der gute Mann. Die Gesellschaft sei an dem fraglichen Abend „viel zu anständig“ behandelt worden: sie verdiente mit der Heibefule — — Herr „Hotelier“ Walterstein vollendete den Satz nicht, jedenfalls weiß man nun ohnehin, was man von ihm zu halten hat.

Kunst und Geschäftsklame gehen schon lange in den Hallen Thaliens Hand in Hand. Bisher hat sich die Klame jedoch noch wesentlich auf den Theaterzettel und den geschmackvollen Annoncenvorhang beschränkt, der die Bretter, die die Welt bedeuten, von dem profanen Publikum trennt. Neuerdings scheint sich jedoch auch der Wagnendichter in den Dienst der Klame stellen zu wollen. Der Anfang ist gemacht im Deutschen Volkstheater, wo jetzt „Stangen's Orientreise“ aufgeführt wird, wohl um für das bekannte Reise-Institut Propaganda zu machen. Selbstverständlich ist das Reise-Ausstattungsstück so bunt wie nur irgend möglich hergerichtet; fünfzehn Bilder und mehrere Ballets, Gelgeland, der Nordsee-Kanal und der Himmel weih, was sonst noch werden dem reisefüßern Publikum gezeigt. Selbst ein ganz klein bißchen Handlung ist in das Klamewerk hineingeflochten; nichts fehlt also, um die beabsichtigte Wirkung auf den zahlungsfähigen Zuschauer zu verüben. Wenn die deutsche Kunst im Deutschen Volkstheater und an ähnlichen Stellen sich so weiter ausbildet, so kann sie vielleicht gar noch durch die Klame wieder auf die Strümpfe kommen.

Dem Benzinattentat auf den Polizei-Oberst Kranke legt man nach einer uns zugegangenen Mittheilung in maßgebenden Kreisen den folgenden Thatbestand zu grunde. Ueber der Affäre und Verfertiger der „Pölkmaschine“ ist

ein früherer Oberfeuerwerker und späterer Polizei-
beamteter, der hier in der Sophienstraße wohnte.
Aus dem Umstande, daß der Attentatsversucher Ober-
feuerwerker war, erklärt er sich, daß die Maschine, welche das
Leben des Polizei-Obersten Krause gefährden sollte, mit
einem von Sachkenntnis zeugenden Raffinement hergestellt
war. Die Ursache des Rache-Akts konnten wir nicht erfahren;
nur das eine steht fest, daß der gewesene Beamte sich mit der
Anfertigung der „Höllmaschine“ begnügte und das
weitere von seiner Tochter besorgen ließ. Diese
verfügte sich in Männerkleidung mit dem Paket
nach Fürstentum und gab dort die Sendung unter den Vorwand
von der Presse berichteten Umständen auf die Post. Der Verlauf
der Affäre ist bekannt. Es sei noch hinzugefügt, daß der
muthmaßliche Attentäter, nachdem er am Montag in der
Presse die Nachricht von der Verurteilung des Attentats ge-
lesen, sich schleunigst aus Berlin entfernt hat und bis
heute trotz der gewaltigen Anstrengungen der Behörden nicht
hat aufgefunden werden können. Das Verschwinden
des Mannes lenkte aber naturgemäß den Verdacht seiner
Behörde auf ihn und seine anscheinend mit ihm verschwundene
Tochter. Diese konnte am Donnerstag ergriffen werden,
wogegen von dem Vater, wie gesagt, noch jede Spur fehlt. Irrend
ein Gefährdungs war aus der Tochter nicht herauszubringen; viel-
mehr befreit sie ganz entschieden, an der Affäre theilhaftig zu
sein. Die Verhaftete ist am Sonntag ins Moabit-Untersuchungs-
gefängniß gebracht worden.

Nothleidender Witze offenbart sich in dem Organ der noth-
leidenden Landwirthe. Im Zoologischen Garten werden zur Zeit
als außerordentliche Selteneit einige Orang-Utangs gezeigt.
Hierüber schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

Im Zoologischen Garten sind heute Mittag die Orang-
Utans einer geliebten Gesellschaft von Wissenschaftlern und Ver-
tretern der Presse vorgestellt worden. Wie uns ein Augenzeuge
mittheilt, begrüßte Professor Virchow die Angekommenen mit
einer längeren Rede über die Entwicklung des Menschen, die Un-
überwindlichkeit der Berliner Kommunalverwaltung und die Prin-
zipien der „unentwegten“ freisinnigen Volkspartei. Der älteste
Herrnrathe dankte in lebhaften Lauten in der Wesselsprache. Er
sagte zu sagen, daß er überrascht sei von der großen Aufmerk-
samkeit, die man ihm und den Seinen entgegenbringe. Daß die
freisinnige Volkspartei außer dem Begründer der „Freisinnigen
Zeitung“ noch einen Vertreter stellen konnte, überraschte ihn
offenbar. Er zeigte ein offenkundiges Vergnügen darüber. Die
Freunde des Publikums über das nette Benehmen dieses „alten
Herrn“ war allgemein.

Mit solcher Geschmacklosigkeit sollte einmal ein sozial-
demokratisches Blatt einen Gegner bekämpfen. Was würde das
für eine Entrüstung geben unter denen, die mit Mordbrutalität
für Ordnung, Religion und Sitte und deutsches Wesen kämpfen!

Auf der Bühne wahnsinnig geworden. Von einem
tragischen Schicksal ist seit einigen Tagen der erste jugendliche
Viehhaber und Held des hiesigen Nationaltheaters betroffen
worden. Uns werden über die Angelegenheit folgende Einzel-
heiten berichtet:

Am Freitag Abend wurde im Nationaltheater das Sensations-
Drama „Im Irrenhause“ gegeben und in diesem Stück war Herr
Karl Wesselski hervorragend beschäftigt; der genannte Herr gab
einen jener Unglücklichen, die im Irrenhause gewaltsam festgehalten
wurden. Eben sollte das vorletzte Bild gegeben werden und bei
heruntergelassenem Vorhang machte der Inspektor die Runde, um
sich zu überzeugen, ob auch alles am Platze sei. Da bemerkte
er mitten auf der Bühne eine Person lang hingestreckt auf dem
Fußboden liegend und von krampfhaften Zuckungen gebeugt.
Herantretend erkannte der Inspektor Herrn Wesselski, welcher
nun, von hilflosen Händen aufgerichtet, stieren Blickes um sich
schaute und mit abweichenden Gebärden fortwährend die Worte
seiner Rolle replizierte: „Ich bin nicht irrsinnig, gebt mir mein
Geld wieder.“ Anfanglich glaubte man, daß der Schau-
spieler sich einen schmerzhaften Scherz geleistet, da aber W.
immer mehr tobte und nicht zu beruhigen war, so wurde
ein Arzt der nahen Unfallstation herbeigeholt, der den Patienten
alsbald nach dem städtischen Krankenhaus Friedrichshain über-
führen ließ. — Hier verfiel W. in Lohsucht und es ist leider
wenig Aussicht vorhanden, daß der Schauspieler, der übrigens
vor drei Monaten bereits einen ähnlichen, jedoch bedeutend
leichteren Anfall von delirium tremens hatte, wieder genesen
werden müsse.

Der so plötzlich erkrankte Künstler ist ein Wiener von Geburt
und jetzt 38 Jahre alt. Er wurde von Laube entdeckt und ans
Burgtheater engagiert; späterhin wurde W., der bereits mit
der Tochter eines reichen Grundbesizers verheiratet war,
vom Direktor Pollini ans Thalia-Theater berufen, woselbst er
mit Matkowski in den ersten jugendlichen Helden-
rollen alternierte. — In Hamburg lockerte sich das Band der
Ehe und beide Gatten gingen auseinander; diese Trennung von
seiner Frau nahm sich der Künstler derartig zu Herzen, daß der
bis dahin solide Mann zur Flucht griff und zum Schnaps-trinker
wurde. Eine zeitlang trieb sich W., dem jedermann eine glän-
zende Laufbahn prophezeit hatte, an kleine Wanderschmieren
umher. Vor einem Jahre wurde er in einem Gasseengraden
bei Steglitz total betrunken vorgefunden; da nahm sich Direktor
Samst des Herabgekommenen an und sicherte ihm eine einträg-
liche Stellung an seiner Bühne.

Das Bibliographische Institut in Leipzig ersucht uns, zu
konstatieren, daß es nicht mit dem hier vertriebenen Bibliographi-
schen Bureau identisch sei. Wir kommen dieser Aufforderung
um so eher nach, als die vertriebene Gesellschaft kürzlich irrthüm-
lich von uns als Bibliographisches Institut bezeichnet worden ist.

Als älteste Krankenkasse war in der Presse vor kurzem
die Neben'sche genannt worden, die dieser Tage ihr hundert-
jähriges Jubiläum gefeiert hat. Diese Mittheilung ist, wie uns
mitgetheilt wird, dahin richtig zu stellen, daß die Neben'sche
Kasse nicht den Anspruch hat, sich die älteste in Berlin zu nennen.
Älter ist die Chelert'sche Kranken- und Sterbekasse Nr. 27, die
am 6. November 1754 aus der bis dahin bestehenden Woll- und
Zeugmacher-Kranken- und Sterbekasse gebildet worden ist.

In dem am Sonntag von uns gebrachten Artikel über die
wichtige Ursache der Ballon-Explosion in der Militär-
Luftschiffer-Abtheilung befinden sich zwei Druckfehler, die wie
folgt zu berichtigen sind: Auf Zeile 9 von unten in der be-
treffenden Spalte muß es heißen: „wenn dieser durch das Gas
(nicht Sauerstoff) schlägt“, und in der 7. Zeile von unten: „Die von
vielen beschaltete „Selbstentzündung des Gases (nicht Seier)
halte ich.“

Ausschreiben ruft in der Königsstadt das Verschwinden des so-
genannten „Bankiers“ Albert Richter, Meyerstr. 19, hervor, eines
Mannes, der das Zeug hatte, ein hervorragender Kautions-
schwindler zu werden. Richter betrieb bisher in seiner in der
Meyerstraße belegenen Wohnung eine Hemdenfabrik, bei welcher
er Reichthümer nicht erwerben konnte. Er beschloß daher eine
„Bank“ zu gründen und mietete zu diesem Zwecke Alexander-
straße 54 in der ersten Etage größere Räumlichkeiten, in welchen
er unter dem hochklingenden Titel „Kassette-Kreditbank“ ein Ban-
k-Institut eröffnete. Der Name sollte Kunden anlocken, die der An-
sicht waren, daß es sich hier um eine Filiale oder Kommandite des
gleichnamigen bekannten Geldinstituts in Christiania handelte. Die
Bureaus wurden glänzend ausgestattet, natürlich auf Pump. W.
engagirte zum 1. Juli 12 Damen zum Adressenschreiben, zwei
Buchhalter und einen Kassenboten, zum 15. Juli 14 Buch-
halter, und zum 1. August noch weiteres Personal. — Am
1. Juli 8 Uhr früh wurde dann auch die Kasse-Kreditbank
eröffnet und die Damen wurden sofort mit dem Schreiben von
Briefen zur Gewinnung von Kunden beschäftigt, während die

Buchhalter mit der Einrichtung und Eintrug von Geschäft-
büchern zu thun hatten. Bereits am 1. Juli abends trat der
„Chef“ eine Geschäftsreise an, von welcher er bis zum heutigen
Tage noch nicht zurückgekehrt ist. Der „Chef“ hatte die ge-
sammteten eingezahlten Kautionen seines Personals, soweit bis
jetzt festgestellt ist, mindestens 8000 M., mit sich genommen. Die
Angelegenheit wurde der Polizei gemeldet, welche die Räume der
Bank bereits geschlossen hat. Bei einer Revision wurden circa
2000 gedruckte Kautionsformulare, sowie 80 nach Abreise des
Chefs eingelaufene Offerten von Stellungsuchenden vorgefunden,
in denen etwa 8000 M. Kautionen angeboten waren.

Eine abenteuerliche Dampferfahrt hatte eine Gesellschaft
von gut 50 Personen zu bestehen, die sich am Sonntag Abend
10 Uhr mit dem Dampfer „Germania“, (Eigenthümer Herr
Schäpe, Köpenick) von Schmöwitz nach Grünau befördern ließ.
Es war mit dem Schiffsführer ein Fahrpreis von 12 M. ver-
einbart worden. Nachdem die Gesellschaft ohne Zwischenfall
bis Karolinenhof befördert worden war, verbot der Schiffsführer
plötzlich ohne Angabe von Gründen das Singen; zu gleicher
Zeit ließ er den Dampfer stoppen. Nach dem Grunde dieser
Maßregel befragt, erklärte der Führer, für den Preis
von 12 M. nicht weiter fahren zu können. Um nur
aus Land zu kommen, wurde ihm schließlich der Betrag
von 14 Mark, den er verlangte, zugesichert. Darauf hin
versprach der Führer, die Fahrt fortzusetzen, doch blieb es bei
der Erklärung, denn nach einer Viertelstunde lag der Dampfer
immer noch auf demselben Fleck. Selbstverständlich stieg nun die
Anfrage auf höchste, und auf die Hilferufe hin, welche von
einigen Frauen und Kindern ausgesprochen wurden, machte schon
der Führer des vorbeifahrenden Dampfers „Friedrich Wilhelm“
Anhalten, den Fahrgästen der „Germania“ beizuspringen. End-
lich bequeme sich der Führer dieses Schiffes zur Weiterfahrt;
jedoch kam es bei der Landungsstelle in Grünau zu neuen Miß-
behörden. Der Schiffsführer entfernte sich nämlich mit der
Drohung, Polizei zu holen und ließ den Steuermann mit der
Weisung zurück, niemanden, weder Frauen noch Kinder, landen
zu lassen. Wohl oder übel mußten die Passagiere sich fügen, trotz-
dem einzelne sich erboten hatten, für Feststellung sämtlicher
Fahrgäste einzustehen. Wie wenig Bedeutung die schließlich am
Platze erschienene Polizei dem Verhalten der Fahrgäste beilegte,
ergibt sich daraus, daß von ihr nur zwei Namen notirt wurden.
Dann endlich waren die Ausflügler, die an dieser Fahrt ihr Leben
lang denken werden, der Freiheit wiedergegeben.

Eine zoologische Ausstellung und Vorführung wilder
Thiere, die Herr Karl Hagenbeck aus Hamburg im früheren
Zirkus Schumann am Friedrichs-Kanal veranstalten wollte,
ist vom Polizeipräsidenten aus Sicherheitsgründen verboten
worden.

Ein Eisenbahnunfall ist am Montag Vormittag auf dem
Bahnhof Eberswalde erfolgt. Als der stark besetzte Sonderzug
Berlin-Swinemünde Montag Vormittag um 10 Uhr 55 Min. in
den Eberswalder Bahnhof einlief, versagte die Carpentereisen-
bremse, und der Zug fuhr auf eine außerhalb des Bahnhofes stehende
Lokomotive auf, die bestimmt war, die Lokomotive des Sonder-
zuges abzuhaken. Der Zusammenstoß erfolgte mit großer Gewalt.
Der erste Wagen und die Lokomotive schoben sich ineinander.
Der Zuführer Heiler und der Schaffner Schönen mußten aus
den Holz- und Eisenstücken, in denen sie gefangen saßen, heraus-
gehoben werden. Ersterer hatte einen komplizierten Armbruch
und eine Kopfkontusion, letzterer einen Bruch des Schlüsselbeins
erlitten. Drei weibliche Passagiere erlitten Quetschungen an den
Hüften, viele Passagiere leichte Kontusionen bei dem Zusammen-
stoß. Alle aber setzten die Fahrt fort; die Verletzten sind an-
scheinend durchweg unerheblich. Der verletzte Zuführer und der
Schaffner kamen um 2 1/2 Uhr auf dem Eettiner Bahnhof, mit
Nothverbänden versehen, an und begaben sich sofort in ärztliche
Behandlung.

Im Eisenbahnzuge ist gestern Vormittag die 40jährige
Händlerin Frau B. aus Potsdam verstorben. Die sehr korpu-
lente Frau war, um den um 10 Uhr hier eintreffenden Zug
benutzen zu können, mit ihrer Tochter nach dem Bahnhof ge-
laufen und saß auf dem Bahnsteig, als der Zug sich eben in Bewegung
setzte, auf der Bank des Kompees nieder. Frau B. vermochte
sich von der gebathten Anstrengung jedoch nicht zu erholen, sie
verstarb, kurz nachdem der Zug Potsdam verlassen, am Herz-
schlage, der infolge der gebathten körperlichen Anstrengung hervor-
gerufen war. Die Leiche wurde nach dem hiesigen Schauhaufe
gebracht.

Ein aktiver ungarischer Offizier, der 27jährige Lieutenant
Gerhard von Deschau hat sich dieser Tage in der Nähe von
Nieder-Schönweide einen Schuß in die Herzgegend beigebracht.
Er wurde in ein Krankenhaus befördert, wo er nach einigen
Tagen starb. Als Grund des Selbstmordes werden Schulden
und Nervenverluste angegeben. Ein ruhmvoller Ende!

Glücksstatistik. Im Monat Juni nützten im Männer-
Asyl des Berliner Asylvereins für Obdachlose 9225 Personen, im
Frauenasyl 761 Personen. Arbeitsnachweis erbittet der Verein
für Männer Wüchslingsr. 4. für Frauen Fülliersr. 5.

Polizeibericht. Am 8. d. M., vormittags, wurde vor dem
Hause Wilhelmstr. 131 ein sechsjähriger Knabe durch einen
Arbeitswagen überfahren und an den Oberschenkeln erheblich
verletzt. — In der Rosenthalerstraße gerieth nachmittags ein
Mann unter die Räder eines Kollwagens und erlitt anscheinend
bedeutende Verletzungen am Kopfe. — Abends versuchte ein
Friedrichshain ein junger Mann sich durch einen Pistolenschuß
in die Brust zu töten. Er wurde noch lebend nach einem
Krankenhaus gebracht. — In einer Schankwirtschaft in der
Urbanstraße entstand unter den Gästen eine Schlägerei, bei der
der Wirth durch Messerstiche am Kopfe verletzt wurde. — Vor-
mittags entstand im Hause Landsbergerstr. 72 in einer Par-
tisch überkochenden Thee Feuer, welches beträchtlichen Schaden
anrichtete. — Außerdem fanden im Laufe des Tages vier kleine
Feuer statt.

Witterungsübersicht vom 9. Juli 1895.

Stationen.	Barometer- stand in mm, reduirt auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C = 40° F.)
Swinemünde	763	NO	2	wolkig	18
Hamburg	765	NO	2	wolklos	16
Berlin	763	NO	3	wolklos	19
Biesbaden	768	O	1	wolklos	17
München	767	EO	2	wolklos	17
Wien	760	NO	3	bedeckt	16
Caparanda	766	NO	2	wolklos	16
Petersburg	768	NO	1	bedeckt	17
Cord	764	EO	3	halb bedeckt	15
Berlin	769	EO	3	halb bedeckt	16
Paris	765	NO	1	heiter	18

Wetter-Prognose für Mittwoch, 10. Juli 1895.
Bleiblich heiteres, sehr warmes Wetter mit schwachen
westlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitrag.

Die Schiedung des Konfessionärs Kohn. Wer ist
der Arbeitgeber? Diese Frage, welche bisher nur in
Prozessen von Angehörigen des Baugewerbes eine hervorragende

Rolle spielte, stand in einem Rechtsstreit des Schneiders Schmidt
gegen den Konfessionär Kohn zur Entscheidung. Wegen unrech-
tmäßiger Entlassung beklagt, mit dem Antrage, 36 M. Ent-
schädigung zu zahlen, erhob der letztere den Einwand,
er sei garnicht der Arbeitgeber des Klägers gewesen.
Dieser dagegen, der in einer vom Schneider Seifert
geleiteten Werkstatt beschäftigt war, blieb bei seiner
Behauptung, Kohn sei „der Macher von's Ganzen“. Der erwähnte
Herr Seifert wurde als Zeuge vernommen. Eigenthümlicherweise
schien dem Mann an der Meisterrwürde, die ihm Kohn zu-
geschrieben, absolut nichts zu liegen; rund und nett wurde sie
von ihm bestritten. Er überreichte dem Gericht einen Vertrag,
den er mit dem Beklagten seinerzeit geschlossen, und erzählte, der-
selbe habe ihm die Werkstatt eingerichtet, den fraglichen Raum
gemietet und sogar die Kohlen geliefert. Wenn heute gebraucht
würden, habe Kohn sogar nach solchen antwortet, sie angenommen
und ihm „oben geschickt“. In dieser Weise sei auch das
Engagement des Klägers erfolgt. Auf die Frage des Vor-
sitzenden Hellwig, weshalb er denn den vorgelegten (nicht ver-
lesenen) Vertrag unterschrieben, meinte der Zeuge, er verstände
nicht deutsch zu lesen. Mit anderen Worten, der Inhalt des
Vertrages, welcher die Einrichtung der Werkstatt und die formelle
Regelung der gegenseitigen Beziehungen beider Kontrahenten
betrifft, sei ihm nicht plausibel oder überhaupt nicht be-
kannt. Der Zeuge gab jedoch auf Vorhalten zu, daß
er stets die Beitragszahlung zur Kronkassen- und Ju-
valien-Versicherung der in „seiner“ Werkstatt thätigen Leute
regelte. — Der Beklagte stellte Seifert als selbständigen Arbeit-
geber hin, der für ihn gegen vereinbarte Preise Sachen fertige
und seinerseits mit der Fertigung derselben Gehilfen beschäftige.
Ein Schneider Stomle, der ebenfalls als Zeuge gehört wurde,
sagte aus: Seifert sei eines Tages vergnügt zu ihm gekommen
und habe ihm einen Geldbeutel mit 90 M. gezeigt, wobei er ge-
äußert habe, Kohn hätte ihm eine Stube eingerichtet, jetzt
gehe er nach Hause, um seine Gefellen auszuwählen. Es
gehe ihm ganz gut, an jedem Tag verdiene er fünf-
zehn Groschen, letzteres könnte seine Frau bestreiten. — Die augen-
scheinliche „Schiedung“, welcher Seifert unverkennbar die von
ihm selbst zurückgewiesene Meisterrwürde verdankt, scheint der
Gerichtshof nicht richtig gewürdigt zu haben, denn er erkannte
auf Abweisung der Klage, weil nicht Kohn, sondern
Seifert der Arbeitgeber des Klägers gewesen sei. Schade, daß
der Vertrag nicht öffentlich zur Verlesung gelangte.

Das bekannte staatsanwaltliche Verfahren gegen das
Anarchistenblatt „Der Sozialist“ erlebte eine neue Auflage
in einer gestern vor der neunten Strafkammer am Landgericht I
stattgehabten Verhandlung. Es dürfte noch das auffallendste
Vorgehen sowohl gegen den verantwortlichen Redakteur Georg
Wassonke, als wie auch gegen den gleichfalls für verant-
wortlich erachteten Expedienten Karl Böhr erinnern sein,
von denen Wassonke zu vier, Böhr dagegen zu neun
Monaten Gefängniß verurtheilt wurde. Dieses Urtheil erschien
selbst dem Reichsgericht zu hart und in der Revisionsinstanz
wurde die Sache daher in die Vorinstanz zurückgewiesen. Der
Angelegenheit lag folgender Thatbestand zu Grunde: Wie fast
alle Nummern des anarchischen Organs „Der Sozialist“, so hat
auch dessen Nummer vom 15. Dezember vorigen Jahres
der Staatsanwaltschaft Veranlassung zum Einschreiten gegeben.
In dieser Nummer sind zwei Artikel für staatsgefährlich
erachtet worden. Der erste trug die Ueberschrift: „Ein un-
erhörter Gewaltakt“. Es wurde darin die bekannte
Affäre mitgetheilt, daß wenige Tage zuvor ein Kriminalkommissar
in Begleitung mehrerer Schutzeleute in den Geschäftsräumen des
„Sozialist“ erschienen sei und alles beschlagnahmt habe, was nicht
niet- und nagelst war. Der Redakteur Petersdorff sei ver-
haftet worden. Der Kommissar habe erklärt, daß er
im Auftrage des Staatsanwalts Dr. Benedix handle.
An die Mittheilung dieser Thatfachen knüpften sich
redaktionelle Bemerkungen, in denen eine Beleidigung des
Benedix gefunden wurde. — Die Ueberschrift des zweiten Artikels
lautete „Gerechtigkeit“. Es wird darin eine Gerichtsverhandlung
gegen einen Mann geschildert, der des Mordes bezichtigt ist. Die
Anklage behauptet, daß die ganze Tendenz des Artikels dahin
gerichtet ist, den Mord zu verherrlichen und zur Nachahmung
anzuspornen, die Beschloßen gegen die Beschloßen aufzureizen
und staatliche Einrichtungen verächtlich zu machen.
Für diese Nummer hat der Arbeiter Georg Wassonke
als verantwortlicher Redakteur gezeichnet, außer ihm ist
aber noch der Expedient des „Sozialist“, Karl Böhr,
zur Verantwortung gezogen worden, da einfach angenommen
wurde, daß Wassonke „bei seinem geringen Bildungsgrade“ nicht
geeignet sei, irgend welche Redaktionsgeschäfte auszuführen, und
deshalb nur von dem eigentlichen Redakteur, dem Angeklagten
Böhr, vorgelesen wurde. Diese Annahme wurde von beiden
Angeklagten als unzutreffend bezeichnet, Wassonke wollte die
alleinige Verantwortung für den Inhalt beider Artikel,
die er allerdings nicht für strafbar hielt, übernehmen,
während Böhr behauptete, daß er mit den Redaktions-
geschäften nichts zu thun gehabt habe. Die Beweisnahme er-
streckte sich nur auf diesen Punkt.

Staatsanwalt Ranzow räumte den Angeklagten ohne
weiteres ein, daß sie in betreff des ersten Artikels in Wahr-
nehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten. Dagegen sei
die Form beleidigend und ebenso die Absicht, den Staatsanwalt
Dr. Benedix zu kränken (!) unverkennbar. In betreff des
zweiten Artikels hielt der Staatsanwalt die Anklage wiederum
vollaus aufrecht und auch für erwiesen, daß Böhr
als der geistige Leiter des „Sozialist“ thätig gewesen
sei. Er beantragte gegen Wassonke vier, gegen Böhr
neun Monate Gefängniß. Die Verteidiger, Rechtsanwälte
Wieber und Dr. Freudenthal, plädiren für Freisprechung. Der
Gerichtshof hielt Beleidigung, Aufreizung zum Massenhaß und
Verächtlichmachung von staatlichen Einrichtungen für vorliegend,
erachtete dagegen eine Mitthäterchaft des Angeklagten Böhr
nicht für erwiesen und sprach diesen deshalb frei.

Wassonke wurde zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt,
wovon 6 Wochen durch die erlittene Untersuchungshaft für ver-
büßt erachtet wurden.

Die Frage, ob eine Cigarettenfabrik unter den Begriff
einer Cigarettenfabrik zu bringen sei, d. h. ob auch bei ihr die im
gesundheitlichen Interesse der Arbeiter gegebenen Anlag-
vorschriften für eine Cigarettenfabrik zu befolgen seien, hatte die
IX. Strafkammer am Landgericht I zu entscheiden. Die Cigaretten-
fabrik von Gottlieb Kelle in der Friedrichstraße war in einem
Kellerraum belegen und zwar so, daß der Fußboden 3,0 Meter
unter dem Straßenniveau lag. Nach dem ministeriellen Erlaß
vom 20. September 1888 und der polizeilichen Bekanntmachung
vom 8. Juni 1893 darf aber eine Cigarettenfabrik nicht in einem
so tiefen Raum angelegt sein, und der Fabrikinspektor erstattete
deshalb Anzeige gegen den Fabrikhaber. Das Amtsgericht er-
kannte jedoch auf Freisprechung. Hiergegen legte die
Staatsanwaltschaft Berufung ein, und in zweiter Instanz führte
der Fabrikinspektor aus, daß der Betrieb in betreff der Gesund-
heitsgefährlichkeit bei Cigaretten- und Zigarettenfabriken ein so
ähnlicher sei, daß zweifellos die Bestimmungen für die Cigaretten-
fabriken auch auf die Zigarettenfabriken auszuwenden seien. Der
Gerichtshof verwarf aber merkwürdigerweise die Berufung und
erkannte gleichfalls auf Freisprechung, da die Zigarettenfabriken
nicht unter den Begriff der Cigarettenfabriken zu bringen seien.
Dies Erkenntniß dürfte das Kopfschütteln eines jeden Fachmanns
erregen.

Unschuldig verurtheilt. Ueber eine Verhandlung, die vor
einigen Tagen vor der Strafkammer zu Bonn stattfand, berichtet
die „Rhein. Ztg.“: Vor Jahresfrist waren drei hiesige Studierende
bei einer Schlägerei in der Pöppelsdorfer Allee schwer, einer

Arbeiter-Bildungsschule

Freitag, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
Ordentliche General-Versammlung
im „Sonnenstädtischen Klubhause“, Muenenstraße Nr. 16.

Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht und Bericht der Obmänner. 2. Bericht des Kassiers und der Revisoren, sowie Wahl zweier Revisoren. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.
Um recht zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Lohgerber, Lederzüricher und Berufsgenossen Berlins.
Am Sonnabend, den 13. Juli cr., abends 8 Uhr, Weinstraße 11 bei Feind:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung für das 2. Quartal 1895. 2. Vorstand- und Komiteewahl. 3. Vereinsmitteilungen.
107/1
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Vertrauensmänner-Versammlung
Osten u. Nordosten: **Donnerstag, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr,**
im Lokale von Gold, Gr. Frankfurterstr. 133.
Tages-Ordnung: Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.
Die Kollegen der Werkstellen werden ersucht, sich durch Vertrauensmänner zahlreich vertreten zu lassen.
76/4
Die Ortsverwaltung.

Anstellung Italien in Berlin.

Station Zoologischer Garten.
Heute: **Grosses Festprogramm.**
4 1/2 Uhr: **Die Bersaglieri:** Maestro Gatti.
7 1/2 Uhr: **Maestro Gialdini** mit seinem weltberühmten Symphonie-Orchester aus Mailand.
11 Uhr abends: **Grosser Umzug der Bersaglieri.** 22 italien. Musik- und Tanztruppen, darunter die berühmten Tarantilla-Tänzerinnen Marano, sowie der beste italienische Komiker Ruviazzi aus Neapel.
Während des ganzen Tages Vorführung der ital. Seidenspinnerei, Glasbläselei, florentinischen Strohflechterei, Mosaisfabrikation, Goldschmiederei u. s. w.

Entree 50 Pf.
Donnerstag, den 11. Juli 1895:
V. grosser Elitetag.
Eine Hochzeit zu Portici
im Jahre 1848.
Entree 1 Mark.
Freitag, den 12. Juli 1895:
Zweiter Familientag.
Kinder, die in Begleitung Erwachsener erscheinen, zahlen an diesem Tage kein Entree.
Entree 50 Pf.

Schweizer Garten

Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Jeden Mittwoch:
Großes Familien- und Kinder-Jubiläum- und Trubel-Fest,
Concert, Theater, Spezialitäten,
Stangenklettern, Sacklaufen, Wurstkämpfen, Topfschlagen u. s. w.
Große Kinder-Fackelpolonaie. Belustigungen aller Art.
Im Saale: **Gr. Ball.**
Familien können Kaffee kochen.
Entree 30 Pf.,
Kinder 10 Pf., wofür eine Fackel verabreicht wird.

Ostbahn-Park

Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Platz.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Regie: M. Hintsche.
Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors W. Carlson's.
Anfang Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Wochentags 5 Uhr. Entree 15 Pf.,
wofür ein Glas Bier verabreicht wird.
Volksbelustigungen jeder Art. 4 Fegelhäuser zur Verfügung.
Gute Bier, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.

Mörschel's Vereinshaus und Garten, Schönhauser Allee 28.

Jeden Mittwoch:
Soiree der Leipziger Säger.
Stets wechselndes Programm. Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder frei.
Auch Sonntags ist für Unterhaltung bestens gesorgt. Kaffeezeit u. 3 Uhr an geöffnet. (Alter 60 Pf.). Regelmäßig gr. Weisse 20, 1/20 Bairisch 15 Pf. Vereinsg. noch einige Tage frei. Auch ist mein Saal u. Garten noch einige Sonntage frei.

Kou eröffnet! A. Hoffmann's Verlag

Musikalien-, Theater- und Volksbuchhandlung
verbunden mit einer
Cigarren-Niederlage
der Hamburger Tabakarbeiter-Genossenschaft
Blumenstr. 14, zwischen Grüner Weg
u. Residenz-Theater.
Mein Geschäft befindet sich 38a bleibt bis 1. Oktober geöffnet.
Alle Zuschriften bitte nach Blumenstraße 14 zu richten.
20555



Stettiner Sängerkreis

Meyzel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.
Täglich (außer Sonnabends):
Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse No. 111-112, nahe Potsdamerstr.
Im herrlichen Konzert-Garten, bei schlechtem Wetter im Saal.
Anfang 8 Uhr. — Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf. und Familienbilletts à 1 Mt. (für 3 Personen gültig).
Siehe Plakate. — Neues, großartiges Programm!

Achtung, Stodarbeiter!

Am Sonntag, den 7. d. Mts., ist unser treues Mitglied, der Kollege **Louis Mitsching** an der Proletarierkrankheit verstorben. Wir betrauern in dem Todten den Verlust eines braven Genossen und werden sein Andenken stets in Ehren halten. — Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Markuskirchhofs in Wilhelmshagen aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand 175/1
des Vereins z. Befreiung der Arbeiter von der Stodarbeit Berlin.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, Sohn und Schwager, der Metall-dreher **Gustav Düsser** nach langem Leiden am Montag früh 4 1/2 Uhr sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Johannes-Kirchhofs, Pfingstsee, Seefstraße, aus statt.
20586

Danksagung.
Für die rege Theilnahme bei der Beerdigung meiner unvergesslichen Frau, Sohn und Tochter meinen herzlichsten Dank.
Der trauernde Gatte und Vater **Robert Kowalski.** 20626

Weißbier.

Fässer zum Selbstabfüllen.
1/10 1 Mt., 1/5 2 Mt., 1/4 3,50 Mt.
Hausverkauf per Liter 10 Pf. nur Köpnickstr. 112. 156M
Berliner Weißbier-Brauerei
Wohl & Co.,
Köpnickerstraße Nr. 112.

C. Fröhlich's

Gesellschafts- und Garten
Schönhauser Allee 161.
Jed. Sonntag, Dienstag u. Sonnabend:
Concert, Spezialität-Vorstellung.
Anfang 7 Uhr. Entree frei.
Sonntags Anf. 4 Uhr. Programm 10 Pf.
Jed. Montag: **Gr. Concert.** Entree frei.
Jed. Sonntag, Montag, Mittwoch: **Ball.**
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**
Entree: Kinder 10 Pf., Erwachsene frei.
Kaffeezeit täglich v. 2 Uhr ab geöffnet.
Für Vereine u. Gesellsch. v. 200 Pers. Spezialitäten-Vorstellung frei. 25822

Achtung!

Allen Freunden und Bekannten, sowie sämtlichen Gewerkschaften empfehle mein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal,** verbunden mit Fremdenlogis (passend zur Zentralherberge).
Ernst Siegemund, Alexanderstr. 11.

Möbel-Kaufgelegenheit.

Zum Umzug passende Gelegenheit für Brautleute, Hotels u. Wiederverkäufer. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Königstr. 59, vorn I., sollen sofort circa 150 Wohnungseinrichtungen, verleihten gewesene u. neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große Gelegenheitskäufe zu fabelhaft billigen Preisen ist es mir möglich, schon ganze Wohnungs-Einrichtungen für 90, 150, 300 Mt. zu liefern, ebenfalls hochfeine Wirthschaften zu 1000 bis 5000 Mt., also billiger wie jede Konkurrenz. Theilzahlung gestattet. Beamtent u. h. n. n. ohne große Preiserhöhung. Kleiderständer 15, Kommode 9, Küchenspend 12, Stühle 2 Mark, neues Kuch. Kleiderständer 30, Muschelspend 35 Mt., Bettstellen mit Matratzen, Kleiderschrank 18, Sopha 15 Mt., Säulen-Kleiderständer, hochlegant 55, Trümmen mit Säulen 60 Mt., Cylinderrureau, Herrenschreibtische, Damenschreibtische, Schreibsekretäre 30, Plüschgarnituren 60, neue 100 Mark, Paneele, Sopha, Chaiselongue, Salongarnituren, Portièren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Empfehle allen Herrschaften vor Einkauf von Möbeln mein entschieden größtes Möbellager zu besichtigen. Gekaufte Möbel können sechs Monate kostenfrei auf meinen Aufbewahrungs-Speichern lagern, werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.
Theilzahlung. Monatl. v. 10 Mt. an liefert eleganter Anzüge nach Maass
Temporowski, Schneidermeister,
Berlin C, Südestr. 37 I.

Achtung!

Der Tanzlehrer-Verein „Solidarität“, welcher auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, hält sich den Gewerkschaften und Vereinen bestens empfohlen.
Aufträge u. bitte im Vereinslokal **Oranienstrasse 121** gütigst niedergelegen.
200/1
Der Vorstand.

Erdbeer-Bowle Pfirsich-Bowle

frisch, angezeichnet à Flasche 60 Pf. incl. 10 Pf. Mt. 5,50.
Johannisbeerwein, herb. Fl. 60 Pf. Desferwein, süß, Fl. 75 Pf.
Stachelbeerwein, ganz vorzüglich, Flasche Mt. 1.—

Echt Stonsdorfer Likör.

à Str. 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10.—, 50 Str. 47 1/2, 100 Str. 90,—
Echten alten Nordhäuser Str. Mt. 1,10, 5 Liter à Mt. 0,90.
Berliner Getreide-Kümmel Str. Mt. 1,10, 5 Liter à Mt. 0,90.
Himbeer-, Kirschen-, Johannisbeersaft, vorzüglich, Str. 1,30.
Medizin. Angarwein, beste Qualität, à Literflasche Mt. 2,10.
Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Eugen Neumann & Co., 6a, Belle-Allianceplatz 6a,
Oranienstr. 8, Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Beerdigungsverein

Berliner Zimmerleute.

Das diesjährige **Stiftungsfest**

findet am **Sonnabend, den 13. Juli**, in der **Brauerei Friedrichshain** (früher Kips) statt, bestehend in **Concert und Ball**, sowie die Feier des 50-jährigen **Gesellen-Jubiläums** unseres Ehrenmitgliedes **Eduard Würtemburg**. Da uns der große Garten und sämtliche Räume zur Verfügung stehen, ersuchen wir die Mitglieder, sich mit ihren Familien und Freunden recht zahlreich an dieser Feier zu betheiligen. Anfang 8 Uhr. Billets für Herren à 50 Pf., für Damen 25 Pf., sind bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern vorher zu haben. Klobb, Mariendorferstr. 2; Glocho, Andreassstr. 59, 3 Tr.; Girke, Rannysstr. 62, 3 Tr.; Mahn, Eisenbahnstraße 31, 2 Tr.; Dietrich, Bohustr. 43, Schöneberg; Schacht, Dresdenerstr. 23, Seitenflügel 1 Tr.; Schultz, Pappel-Allee 5a, Querg. 3 Tr.; Rau, Lange-straße 33, Hof part.; Richter, Diederhosenstr. 9, Seitenfl. 2 Tr. Außerdem bei Herrn Bandelow, Langestr. 13, im Restaurant, und Herrn Schmidt, Münchenerg. 28, im Restaurant.
262/2
Das Comité. J. A.: August Klobb, Mariendorferstr. 2.

Sende an jedermann franko gegen Nachnahme: 2024L
1/2 Dk. Tischmesser feinst. Qual., fein Stahl, echt Ebenholzheft, 2,60.
1/2 Tischgabeln, feine Stahlgabel, 3. od. 4zählig, 2,60.
1/2 Dessertmesser feinst. Qualität, fein Stahl, 2,40.
1/2 Dessertgabeln, feine Stahlgabel, 3. od. 4zählig, 2,40.
Bei 4 Dugend und mehr billiger. Was nicht gefällt, nehme ich zurück.
Ernst Schrick, Wald bei Solingen, Wiesenstr.

Künstl. Zähne

2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Rep. sof. Theilz. Zahnarzt **Wolf, Leipzigerstr. 22.** Spr. 8-7 Uhr.
Sophaplisch-Beste
in glatt, gepreßt und gewebten Qualitäten, auch echt Feins und Moquet, enthaltend 6 bis 22 Meter.
Spottbillig! Muster franko!
Abgepackte Sattelstaschen sehr billige.
Emil Lohewitz, Berlin S., Oranienstr. 158.

Fertige Kleider

zu sehr billigen Preisen.
Fertiges Kleid aus sehr haltbarem Wolstoff in modernen Farben 15 Mt.
Fertiges Kleid aus reinwooll. engl. Stoff, beliebtes Straßenkleid (Rock und Jaquet) 15 Mt.
Schwarze Kleider in Crêpe u. anderen neuen Phantasiestoffen 20 Mt., 25 Mt.
Schwarze seidene Kleider 40 und 50 Mt.
Eingelne Röcke, schwarz und farbig, 8 Mt., 10 Mt. 28172
Fertiges Blousenkleid
in d. neuesten Wollstoffen, beliebteste Neuheit, je 4 5,50 Mt.
Großes Lager in entzündende neue Blousen, Ragans, 2 Mt. 50.
Morgenröde in schönen Wollstoffen, stets großer Lager-Vorrath in allen Weiten, 3, 4, 6 Mt.
Sielmann & Rosenberg,
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Blousen

Achtung!
Zahner, auch Theilzahl., wöchentl. 1 Mark. Gabel, Langer Platz 2, Gieselerstr. 12.
Georg Borstorf, Berlin SO.,
Michaelkirchstr. 18.

Nordhäuser.
No. 1 Literfl. 70 Pf. 10 Liter 5,00.
No. 2 " 80 " 10 " 6,00.
No. 3 " 90 " 10 " 7,00.
" 3/4 " 110 " 5 " 5,50.
" 3/4 " 150 " 5 " 7,50.
" 3/4 " 200 " 5 " 10,00.